

Alle gemeinsam Gegen rot-grüne Kürzungspolitik Für eine bundesweite Demonstration

„Wir haben verstanden – Aufstand der Sparschweine“ unter diesem Motto wollen am 29. 10. Erwerbslosen-Initiativen gegen die Kürzungspolitik protestieren. Der Protest gegen die unsoziale Politik der rot-grünen Regierung, der bei den Landtags- und Kommunalwahlen vor allem durch Wahlenthaltung ausgedrückt wurde, muß in einen Kampf gegen diese Politik umgewandelt werden. Und es müssen alle gemeinsam kämpfen, weil alle betroffen sind.

Das sogenannte Sparpaket richtet sich gegen:

- Die Arbeitslosen, denen 5,9 Milliarden DM an Sozialversicherungsbeiträgen und 1,8 Milliarden DM durch Verzicht auf reale Anhebung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe genommen werden soll.
- die RentnerInnen, denen durch verminderte Rentenanpassung eine Milliarde DM gestrichen werden soll
- die BeamtInnen und PensionärInnen, denen über eine reale Nullrunde 1,7 Milliarden Mark gekürzt werden soll
- die abhängig Beschäftigten, weil mit der Ankündigung dieser realen Nullrunde Druck auf die kommenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und anderen Branchen ausgeübt werden soll.
- StudentInnen, für die die BAföG-Erhöhung verschoben und die Eltern-Freibeträge nicht erhöht werden.
- Wehrpflichtige, Zivis und Referendare, denen der Anspruch auf originäre Arbeitslosenhilfe gestrichen wird.
- Sozialhilfeempfänger, die weder von der Kindergelderhöhung noch von der Senkung der Lohnnebenkosten etwas haben, aber für die das Leben dennoch teurer wird.
- Kinder, weil Arbeitslosen mit Kindern Arbeitslosengeld bzw. -hilfe gekürzt werden soll.
- die Bevölkerung allgemein, weil auf Länder und Kommunen ein großer Teil der Lasten aus dem Sparpaket abgewälzt wird und

über Gebührenerhöhungen und Kürzungsmaßnahmen an die Einwohner weitergereicht werden.

Aber mit dieser Aufzählung der Folgen des Kürzungspaketes ist die Liste unsozialer Politik der Regierung immer noch nicht vollständig.

- Die privaten Haushalte müssen jährlich 1,2 Milliarden Mark für die „Ökosteuer“ mehr bezahlen als sie über die daraus finanzierte Senkung der Lohnnebenkosten erhalten.
- Die geplante sogenannte Gesundheitsreform führt zum Verlust von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen und einer massiven Verschlechterung des Gesundheitswesens
- Der Stellenabbau bei der Bahn geht weiter – zu Lasten der Beschäftigten und der NutzerInnen
- Die Post will 2000 Filialen schließen und weiter Stellen streichen – das trifft die Postler und die Postbenutzer.
- Bundeskanzler Schröder hatte jedem Jugendlichen eine Lehrstelle versprochen, doch noch nie gingen so viele bei der Lehrstellensuche leer aus.

Die Politik der rot-grünen Regierung ist nicht nur unsozial und arbeitnehmerfeindlich sondern auch umweltfeindlich: der Atomausstieg wurde auf den St. Nimmerleinstag verschoben, die Altauto-Verordnung gekippt, von der „Ökosteuer“ wird entgegen ursprünglichen Versprechen keine einzige Mark für Umweltprojekte ausgegeben, für den Transrapid sollen unverändert 6,1 Milliarden ausgegeben werden, während bei der Bahn abgebaut statt ausgebaut wird.

Die Liberalisierung der Strommärkte führt zur Stilllegung umweltfreundlicher Energieerzeugung und vernichtet 40.000 Arbeitsplätze bei den Energieversorgern.

Was tun?

Wer die Hoffnung gehabt haben sollte, die zu erwartenden Wahlschlägen würden Rot-Grün zur Umkehr bewegen, sieht sich getäuscht. Doch die Bereitschaft sich zu wehren ist vorhanden. Erste Proteste hat es schon gegeben, weitere sind geplant:

- 30.000 Krankenhausbeschäftigte demonstrierten am 15.6.99 in Berlin
- Zehntausende protestierten im September bei dezentralen Protesten gegen den Kahlschlag

im Gesundheitswesen

■ Wegen gleichzeitig angesetzten Betriebsversammlungen der Postler blieben am 16. September bundesweit Postämter geschlossen.

■ Gegen die Liberalisierung der Strommärkte und die Arbeitsplatzvernichtung bei den Energieversorgern protestierten die Beschäftigten am 27. September in Berlin

Weitere Proteste sind geplant:

Am 19. Oktober wollen die BeamtInnen in Berlin demonstrieren. Für den 27. Oktober plant die IG-Metall-Jugend einen bundesweiten Aktionstag gegen Lehrstellenmangel. Am 29. Oktober organisieren Erwerbslosen-Initiativen Proteste. Für Ende November planen sie eine zentrale Aktion anlässlich der 2. und 3. Lesung des Sparpaketes im Bundestag.

Bislang lehnt die Führung des DGB und der Einzelgewerkschaften es ab, einen ernsthaften Kampf gegen die Kürzungen, Deregulierungs- und Umverteilungspolitik der Regierung zu führen. 1996 kamen 350.000 nach Bonn um gegen das Sparpaket der CDU-Regierung zu demonstrieren. Damals wurde von der Gewerkschaftsführung noch die Hoffnung verbreitet,

mit der Wahl 98 könnte eine andere Politik erreicht werden. Jetzt haben wir seit einem Jahr eine neue Regierung die die alte Politik weiterführt.

Bundesweite Demonstration

Es gibt nichts, worauf wir warten könnten. Es ist höchste Zeit zu handeln. Dabei gilt, wenn alle gemeinsam betroffen sind, dann müssen sich auch alle gemeinsam wehren. Für eine zentrale, bundesweite Großdemonstration – für diese Forderung muß in allen Gewerkschaften, auf allen Ebenen Druck gemacht werden. Die Angriffe der Regierung haben eine neue Qualität und verlangen eine neue Qualität der Gegenwehr. Eine bundesweite Großdemonstration kann nur der erste Schritt sein. Weitergehende Schritte, bis hin zum Streik, müssen diskutiert und vorbereitet werden. Anders ist diese Regierung nicht von ihrem Angriffskurs auf unsere Arbeitsplätze und Einkommen abzubringen. Gegen die eiskalte Politik der Regierung brauchen wir einen heißen Herbst.

Georg Kümmel, Köln



Neues Buch: DDR 89

Zum zehnten Jahrestag der Revolution von 1989 gibt die SAV ein Buch heraus, das die Ereignisse in der ehemaligen DDR aus der Sicht von Sozialisten schildert.

Wer sich ein wahrheitsgetreues Bild von der Periode des Zusammenbruchs des Stalinismus und der kapitalistischen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten machen will, kommt nicht umhin, dieses Buch zu lesen.

Bei den Veranstaltungen mit dem Autor Robert Bechert erhält man Gelegenheit, mit dem Zeitzeugen zu sprechen.

SPD verfault

Seite 3

Für einen
„heißen Herbst“

Seite 4

DDR 89-90:
Die verlorene
Revolution

Seiten 6 und 7

Freiheit für Ost-Timor

Seite 9

Sparpaket

Rot-Grüne Lügen

Nichts sei so unsozial, wie ein überschuldeter Staat, nichts trage mehr zur Umverteilung von unten nach oben bei – so wirbt Finanzminister Eichel um Zustimmung für das „Sparpaket“.

Georg Kümmel, Köln

Das mit der Umverteilung stimmt sogar, denn die Zinsen werden aus den Steuereinnahmen bezahlt, die die breite Masse der Bevölkerung aufbringt. Kassiert werden die Zinsen ganz überwiegend von denen, die dem Staat viel Geld leihen weil sie bereits viel Geld besitzen. Aber es hat ja niemand behauptet, daß der Abbau der Staatsverschuldung eine Ungerechtigkeit wäre. Die Frage ist nur, wer bezahlt? Immerhin 82 Milliarden Mark leistet der Bund jährlich an Zinszahlungen. Das heißt aber, daß die Empfänger der Zinsen Jahr für Jahr um 82 Milliarden Mark reicher werden. Und wo will Eichel die 30 Milliarden für sein sogenanntes Sparpaket holen? Etwa bei den Millionären und Milliardenären, die den Großteil der 82 Milliarden jährlich einstreichen? Nein, gerade bei den Arbeitslosen und

den Rentnern. Unsozialer geht es doch wohl nicht.

Die Kohl-Regierung habe leider leere Kassen hinterlassen, argumentieren SPD und Grüne. Zum Erbe der CDU-Regierung gehört nicht nur öffentliche Armut sondern auch privater Reichtum. Nicht einmal fünf Prozent der Haushalte besitzen rund 30 Prozent des Privatvermögens: die gewaltige Summe von 4350 Milliarden DM. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung meint zu diesen Ergebnissen aus einer Stichprobenerhebung des Statistischen Bundesamtes, daß die Kluft tatsächlich noch größer sein dürfte, da reiche Haushalte wegen ihrer geringen Zahl bei der Erhebung eher unter den Tisch fielen. Die Ungleichheit bei den Einkommen aus Geldvermögen sei noch größer, denn größere Vermögen würden tendenziell auch besser verzinst. (Handelsblatt, 29.7.99).

Die rot-grüne Regierung setzt die Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen unbeirrt fort. Während sie bei den Arbeitslosen rund acht Milliarden Mark einsparen will, plant sie

den Unternehmern ebenfalls acht Milliarden Mark an Steuererleichterungen zuzuschicken. Die Vermögenssteuer brachte 1996, dem letzten Jahr ihrer Erhebung, knapp neun Milliarden Mark in die Staatskasse. Rot-Grün will sie nicht wieder einführen unter anderem mit der Begründung, die SPD sei „nicht mit der Aussage in den Wahlkampf gezogen, Steuern und Staatsquote zu erhöhen“ (Hans Eichel im Spiegel 33/1999). Das hindert sie aber nicht, Steuern auf Strom, Gas, Benzin einzuführen und gleich danach noch einmal zu erhöhen – aber das zahlt ja auch die breite Masse der Bevölkerung. Letztes Beispiel: Trotz horrender Staatsverschuldung sollen für den Transrapid 6,1 Milliarden ausgegeben werden. Wenn es um Subventions-Geschenke für Konzerne und Bauunternehmen geht ist immer noch genug Geld im Haushalt.

Ein Teil des Kampfes gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung besteht darin, den rot-grünen Lügenbolden diese Fakten immer wieder öffentlich um die Ohren zu hauen. ■

Hamburg

Arbeiterfriedhof Harburg?

Mindestens 320 Arbeitsplätze sollen bei der Phoenix AG in Hamburg-Harburg bis zum nächsten Jahr abgebaut werden. Der Betriebsratsvorsitzende Mauch spricht sogar von bis zu 1000 bedrohten Arbeitsplätzen (HAN, 16. 9.). Phoenix ist ein Betrieb der kautschukverarbeitenden Industrie. Hier werden unter anderem Luftfedern und Schläuche für Autos und Fördergurte für Bergwerke hergestellt.

Jörn Kroppach, beschäftigt bei Phoenix Hamburg-Harburg

Der Phoenix-Vorstand sagt, wir seien zu teuer. Deshalb soll ein Teil der Produktion nach Thüringen oder Ungarn verlagert werden. In Thüringen z.B. werden 30 Prozent Investitionszulage durch das

fen sich dann die „billigen Polen“ vorhalten lassen. Und so weiter. So werden wir wieder einmal gegeneinander ausgespielt. Wenn wir dieses Spiel mitspielen, haben wir keine Chance.

Das Fabrikgelände soll teuer verkauft werden. Dort soll ein gigantisches Einkaufszentrum entstehen. Wir fragen uns: Wer soll dort einkaufen, wenn kaum noch jemand Arbeit hat?

Harburg hat schon heute mit knapp 15 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Hamburg. Über 21.400 Menschen müssen außerdem von Sozialhilfe leben. Zur Arbeitsplatzvernichtung kommt der massive Abbau von sozialen Leistungen und Kürzungen der öffentlichen Haushalte hinzu: vom Bonner Sparpaket bis zu den Kürzungen bei

Summen zugesteckt, ohne dass damit eine Arbeitsplatzgarantie verbunden ist oder neue Stellen geschaffen werden.

Vorstandsvorsitzender Konrad Ellegast sagte, es gäbe die Möglichkeit, in den nächsten Jahren über 400 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Voraussetzung: Die Stadt stimmt einer Umwidmung des Betriebsgeländes von Industrie- in Gewerbegebiet zu (das bringt mehr Geld), die KollegInnen verzichten auf Überstundenzuschläge und der Samstag wird Regelarbeitstag. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir Geld mitbringen müssen, um zu arbeiten.

Nachdem die Entlassungspläne bekannt wurden, hat ein Teil der Kollegen die Arbeit niedergelegt und vor dem Phoenix-Verwaltungsgebäude demonstriert. In vielen Produktionshallen hängen Protesttransparente. Im Betrieb organisieren wir eine Unterschriftensammlung gegen den Verkauf des Werksgeländes.

Von Betriebsrat und Gewerkschaft hört man allerdings wenig. Viele KollegInnen haben keine Hoffnung. Aber wir geben nicht einfach so auf. Erstmals müssen alle KollegInnen, vor allem die, die meinen, sie wären nicht direkt betroffen, über die Situation informiert werden.

Viele KollegInnen sind für Streik. Nun geht es darum, Druck auf den Betriebsrat auszuüben und dafür zu sorgen, dass endlich eine Betriebsversammlung stattfindet. Dort können wir dann diskutieren, wie wir weiter vorgehen.

Die SAV-Ortsgruppe hat ein Flugblatt erstellt und vor dem Betrieb verteilt. Mit dem Plakat „Phoenix muss in Harburg bleiben“ und der VORAN sollen Hausbesuche im Stadtteil neben dem Betrieb durchgeführt werden. Auf jeden Fall wollen wir noch eine Veranstaltung durchführen und eventuell eine Stadtteilinitiative für den Erhalt der Arbeitsplätze ins Leben rufen. Eine Protestaktion vor der Bezirksversammlung ist auch schon in Planung. ■

unser standpunkt

Kapitalismus funktioniert auch nicht

Die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Ex-DDR führte zu Massenarbeitslosigkeit und zu einer beispiellosen Deindustrialisierung in einem entwickelten Industrieland. Nachdem die Vorkämpfer der Marktwirtschaft jahrelang von „Anlaufschwierigkeiten“ sprachen, ist die wirtschaftliche Entwicklung seit Mitte der 90er Jahre völlig zum Erliegen gekommen.

Auch die arbeitende Bevölkerung im Westen mußte mit höheren Steuern und Abgaben für die „Kosten der deutschen Einheit“ zahlen. Darüber hinaus sind die schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen im Osten heute für die Herrschenden ein Mittel, um auch Löhne und Standards im Westen zu drücken. Profitiert haben von der Wiedervereinigung nur westliche Unternehmer, die die Ost-Betriebe aufkauften, ausplünderten und als verlängerte Werkbank nutzen konnten.

Heute versucht sich die PDS als Anwalt der „Wende-Opfer“ im Osten zu profilieren. Dabei waren es führende PDS-Politiker, die 1989/90 die Weichen für die kapitalistische Restauration gestellt hatten. Unter der Modrow-Regierung und der Wirtschaftsministerin Christa Luft wurde am 1. März 1990 die Treuhandanstalt ins Leben gerufen und die Verordnung zur Umwandlung von „volkseigenen Betrieben“ in Kapitalgesellschaften beschlossen. Genau wie die SPD, (die im Herbst 1989 zunächst SDP hieß), und alle anderen Parteien trat die PDS 1990 für die Wiedereinführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland ein.

schafft in Ostdeutschland ein.

Aber auch heute, zehn Jahre später, hat die Führung der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ offensichtlich nichts gelernt. In seinen 12 Thesen „Gerechtigkeit ist modern“ vom Sommer diesen Jahres schreibt Gregor Gysi: „Der staatssozialistische Versuch, die Spontaneität und Unsicherheit des Kapitalismus mittels einer Ersetzung von Wettbewerb und Evolution durch planmäßige Steuerung und zentrale Verwaltung der Ressourcen zu entgegen, ist gescheitert.“ Nein. Gescheitert sind nicht Planwirtschaft und Staatseigentum, sondern die diktatorischen Kommandostrukturen einer abgehobenen Bürokratie. Wirkliche SozialistInnen haben immer erklärt, daß Planwirtschaft Demokratie braucht wie der menschliche Körper Sauerstoff.

Da die PDS-Spitze den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellt, geht sie programmatisch und praktisch immer weiter nach rechts. So wird sie es nicht schaffen, jemals zur anerkannten Interessenvertretung der Arbeiterklasse zu werden.

Wir stehen heute vor der Aufgabe, in Ost und West eine kämpferische neue Arbeiterpartei aufzubauen. Ostdeutschland ist der Beweis dafür, daß weder die Diktatur einer Bürokratie noch die Diktatur des Marktes funktionieren. Die SAV hat deshalb ein konsequentes Programm für eine grundlegend andere, demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, für eine sozialistische Demokratie.

Verlierer und Gewinner der Einheit

Laut Europäischer Union gehören die ostdeutschen Länder zu den ärmsten in Europa. Das pro Kopf Einkommen beträgt nur 65 Prozent des europäischen Durchschnitts.

Die Arbeitslosenquote ist mit 17,6 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. 1,346 Millionen Ostdeutsche waren im August 1999 ohne Arbeit. Von den 3,5 Millionen Industriebeschäftigten zu DDR Zeiten sind weniger als 600 000 übrig.

2/3 der Industrie wurden plattgemacht. Seit 1992 steigt die Pleitewelle drastisch an, teilweise in zweistelligen Prozentwerten. Im ersten Halbjahr 1999 gab es in Ostdeutschland insgesamt 5 000 Insolvenzen, zunehmend sind Einzelkaufleute, Kleingewerbetreibende und Privathaushalte betroffen.

Jahr für Jahr erhalten deutsche Unternehmen zusammen etwa 120 Milliarden Mark aus der Staatskasse. In Ostdeutschland gehörten vor allem Weltkonzerne zu den Profiteuren enormer Beihilfezahlungen. Der amerikanische Chemiemulti Dow Chemical erhielt für seine Investition im sachsen-anhaltinischen Chemiedreieck allein zehn Milliarden Mark vom Steuerzahler, umgerechnet zwei Millionen Mark pro Arbeitsplatz.

Aachen

Justiz verfolgt aufmüpfige Anwohner

Im Aachener Stadtteil Brand kämpfen 50 Anwohner vehement gegen Spekulanten, Baulöwen, Städtisches Bauamt und Justizwillkür.

Der Streit ist entstanden als eine seit Ewigkeiten brachliegende Schafwiese von der Stadt zu Bauland deklariert wurde.

Mit zusätzlichem Landkauf in der Nachbarschaft sollen dort 18 Luxuseigenheime für junge Familien entstehen. Niemand ist gegen Wohnungen für junge Familien. Aber hier sollen mitten in einem gewachsenen Wohngebiet Neubauten hochgezogen und Gartengrundstücke umbaut werden. Die Anwohner, die teilweise seit zwei oder drei Generationen dort leben, befürchten einen großen Verlust an Wohnqualität: Wohnungen und Gärten werden dann im Schatten stehen.

Der eine oder andere Bewohner fragt sich natürlich, was für junge Familien das sein sollen, die sich bis zu 600.000 DM teure Wohnungen leisten können.

Trotz zornigen Protestes, hielt die damalige rot-grüne Ratsmehrheit am Bebauungsplan fest. Nach den Kommunalwahlen haben jetzt CDU/FDP die Mehrheit und werden mit Sicherheit das Projekt weiterhin vorantreiben wollen.

Die Baulöwen versuchen mit allen Mitteln das Projekt durchzuzupseln. Wenn großzügige Kaufangebote nichts

nutzen (2 oder 3 Anwohner haben verkauft), dann wird zu Schikanen gegriffen und eine härtere Gangart eingeschaltet.

Klassenjustiz

Bei Manfred Engelhardt, dem Sprecher der Bürgerinitiative und Kandidaten auf der SAV-Offene Liste bei den Kommunalwahlen am 12. September, betrat das Vermessungsbüro Kroll den Garten, (trotz eines deutlichen schriftlichen Verbots) und verschob den Grenzstein. Manfred Engelhardt entfernte den verschobenen Grenzstein und forderte die Firma auf, ihn abzuholen.

Seine Anzeige wegen Hausfriedensbruch wurde prompt von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, daß der Beschuldigte Dieter Kroll bislang nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten sei und kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung in diesem Fall bestehe. Eine Gegenanzeige der Firma Kroll gegen Manfred Engelhardt, wegen Urkundenbetrugs, Verschiebung einer Grenze und eines Grenzsteins, wurde, wie es von einer Klassenjustiz nicht anders zu erwarten ist, nicht eingestellt. Manfred Engelhardt ist ebenfalls nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten. Er ist allerdings ein engagierter Arbeitnehmervertreter, (Personalratsvorsitzender des Studentenwerks Aachen und Vorsitzender der

Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke in NRW. Er wurde bislang mit 35 Prozessen überzogen. Allesamt erfolglose Versuche ihm etwas anzuhängen, um ihn so aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Wir (SAV, Bürgerinitiative und KollegInnen) werden alles daran setzen, daß er auch den 36. Prozeß schadlos übersteht.

Kampf geht weiter

Die Mitglieder der Bürgerinitiative haben die SAV bei den Kommunalwahlen in ihrem Stimmbezirk mit 10,3 Prozent zur drittstärksten Kraft gemacht. Dieser Zuspruch ist von der SAV dankend aufgenommen und als Verpflichtung gesehen worden, weiterhin dafür zu kämpfen, daß die Interessen der Anwohner vor Spekulationsgewinnen stehen. Wir kämpfen dafür, daß wir bei der nächsten Wahl Vertreter in den Stadtrat bekommen, die nicht vor Bonzen und Bankiers einknicken und vor allem dafür, daß Einschüchterungsversuche und juristische Verfolgung gegen aktive Kollegen wie Manfred Engelhardt aufhören.

Bekanntlich macht Solidarität stark, die SAV wird versuchen, Verbindungen zwischen verschiedenen Initiativen, die ebenfalls gegen die Willkür der städtischen Bürokratie aktiv sind, herzustellen.

Gaetan Kayitare, Aachen

Phoenix
muss in
Harburg
bleiben!

SAV Sozialistische
Alternative

Infos: Tel. 76621797 und 3892492

Land gezahlt. Den Harburgern wird vorgehalten, dass die Thüringer billiger sind; den Thüringern wird gesagt: „Die Ungarn sind billiger.“ Die dür-

Schulen, Kindergärten und Bücherhallen in Harburg.

Gleichzeitig werden Konzernen aus öffentlichen Mitteln - unseren Steuergeldern - große

SPD Wahlniederlagen

Nicht Opfer sondern Täter

„Desaster“ und „Katastrophe“ lösen einander für die SPD zur Zeit ab. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen, Sachsen und dem Saarland und bei den Kommunalwahlen in NRW setzte es gleich eine Reihe „Ohrfeigen“ (so Müntefering, bald SPD-Generalsekretär) für die ehemalige Arbeitnehmerpartei.

Daniel Behruzi, Köln

In den Arbeitervierteln des Ruhrgebiets blieben Kollegen, die Jahrzehnte lang SPD gewählt hatten, am Wahltag gleich massenweise zu Hause. In Thüringen und Sachsen wurde die SPD von der PDS überholt. Nicht einmal 6,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben in Sachsen ihre Stimme der SPD. Besonders Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche erteilten der Schröder-SPD eine Abfuhr.

Dumme Wähler?

„Deutliche Defizite in der Politikvermittlung“ sind laut Reinhard Höpner (SPD-Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt) dafür verantwortlich. Aha! Also ist der dumme Wähler schuld, der die tolle Politik der SPD einfach nicht kapieren will, oder was? Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche haben sehr wohl verstanden. Sie haben verstanden, daß die rosa/grüne Bundesregierung

genauso Politik im Interesse der Großaktionäre und Bankiers macht, wie Kohl & Co vorher. Oder ist es etwa nur ein Mißverständnis, daß mit dem „Sparpaket“ Arbeitslose, Rentner und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst abgezockt werden, während die Unternehmenssteuern gesenkt werden? Haben wir uns nur verhört, daß sich der Staat mit der Gesundheitsreform zu Lasten von Beschäftigten und Patienten weiter aus der Krankenhausfinanzierung zurückzieht, während die Pharmaindustrie weiterhin fette Profite einfahren kann? Wohl kaum!

Nein, die Wahlniederlagen sind eine eindeutige Quittung für die Kürzungspolitik, die SPD und Grüne in Bund, Ländern und Kommunen betreiben. Leute, die letztes Jahr gehofft hatten, es würde sich nach 16 Jahren konservativer Politik endlich etwas ändern, sind enttäuscht zu Hause geblieben.

Skandale

Zu den Kürzungen kommt der Klüngel. In Köln stolperte SPD-Spitzenkandidat Heugel über illegale Aktiengeschäfte. Bezeichnend die Reaktion des SPD-Fraktionsvorsitzenden, der es völlig „absurd“ fand, „wegen 15.000 DM Spekulationsgewinn einen solchen Aufbruch zu veranstalten“ und

meinte, das könne im Stadtrat doch schließlich jedem passieren. Ähnlich wie es Schröders ehemaliger rechter Hand, Bodo Hombach, scheinbar „passierte“, daß er beim Bau seiner 1,6 Millionen Villa vom VEBA-Konzern unterstützt wurde. Diese „Einzelfälle“, von denen die anderen etablierten Parteien ja auch ein paar zu bieten haben, zeigen die ganze Verkommenheit der bürgerlichen Politik.

Das Herz schlägt links?

Wer einen Aufschrei über die unsoziale und abgehobene Politik der SPD von den „Linken“ in dieser Partei erwartet hatte, sieht sich enttäuscht. Reinhard Klimmt hat nach seiner Wahlniederlage im Saarland flugs einen neuen lukrativen Job gefunden: Den des Bau- und Verkehrsministers in Berlin. „Kritische“ Töne wird es von diesem Opportunisten, der sich fortan zu „Loyalität und Kabinettsdisziplin“ bekennt, wohl kaum noch geben. Die „Linke“ in der SPD hat selbst keine Alternative zur Schröders Kürzungspolitik anzubieten.

Aufstieg der CDU?

Sie hat die Logik des Kapitalismus voll und ganz akzeptiert und wird wohl auch dieses und weitere Kürzungspakete mit ein bißchen Gejammer durchnicken. Die SPD

scheint die CDU von den Toten zu erwecken. Sie konnte in Ländern und Kommunen vielfach die SPD von den Fleischträgern der Macht vertreiben. Aber meistens hat sie in absoluten Zahlen ebenfalls verloren, so zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in NRW fast eine halbe Million Stimmen gegenüber 1994.

Arbeiter, Arbeitslose und Jugendliche haben von allen etablierten Parteien die Nase voll. Die durchgehend niedrige Wahlbeteiligung zeigt: Viele haben kein Vertrauen in irgendeine der etablierten Parteien, sehen aber keine Alternative und bleiben zu Hause. Jetzt jammern die etablierten Politiker über die niedrige Wahlbeteiligung. Sie sagen, das sei „schlecht für die Demokratie“. Aber sie sind mit ihrer Politik und Abzockerei

dafür verantwortlich. Sie selbst sind schlecht für die Demokratie!

Neue Arbeiterpartei aufbauen

Diesen Politikern dürfen wir nicht die Politik überlassen. Die SPD hat genauso wenig mit Arbeitnehmerinteressen am Hut wie alle anderen etablierten Parteien. Wir brauchen eine neue Arbeiterpartei, die sich nicht den „Sachzwängen“ des kapitalistischen Wirtschaftssystems beugt. Die Initiative von KollegInnen der IG Metall in Schweinfurt, die Diskussion über den Aufbau einer Partei links von der SPD innerhalb der Gewerkschaften zu beginnen (siehe Kasten), sollte unterstützt und forciert werden. ■

Initiative für neue Arbeiterpartei

Nach Angaben des Ersten Bevollmächtigten der IG-Metall-Verwaltungsstelle Schweinfurt, wird in der IG Metall über den Aufbau einer politischen Alternative links von der SPD nachgedacht. Grund dafür sei der tiefe Frust darüber, daß die von der SPD vor der letzten Bundestagswahl versprochene Gerechtigkeit ausbleibe. Beim IGM-Kongreß Anfang Oktober wollen die Gewerkschafter aus Schweinfurt eine Diskussion über den Kurs der IG Metall gegenüber der rot-grünen Bundesregierung und die Frage einer neuen Arbeiterpartei aufwerfen. Die Linken in der IG Metall gehen davon aus, daß es für eine neue linke Partei ein Stimmempotential von 20 Prozent gibt.

MC Donalds Beschäftigte wehren sich



Tarifverträge werden nicht eingehalten, Betriebsratswahlen sabotiert. Kolleginnen, die sich wehren werden gemobbt, unter Druck gesetzt oder gleich entlassen. Dadurch zeichnet sich das „etwas andere Restaurant“ Mc Donalds aus. Zuletzt wurden Nacht- und Feiertagszuschläge gestrichen und seit der Neuregelung bei den 630-Mark-Jobs illegalerweise die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber den Beschäftigten vom Lohn abgezogen. Dabei liegt der Bruttostundenlohn beim Hamburger-Imperium zwischen DM 10,54 und DM 13,48. Die SAV Kassel unterstützt vor Ort den Kampf von Mc-Donalds-Beschäftigten gegen Ausbeuterei und Unternehmerwillkür. Verbindung kann hergestellt werden über die SAV Kassel, Tel. 0561/9223522

Kölscher Klüngel

„Kann jedem passieren“

Bei den Kommunalwahlen endete die 40jährige Dauerherrschaft der Kölner SPD. Grund war der „Fall Heugel“. Der Oberbürgermeisterkandidat der SPD hatte Berufliches und Privates „nicht genug auseinandergehalten“. Er war bei illegalen Insider-Geschäften mit Aktien erwischt worden und mußte kurz vor der Wahl zurücktreten.

Kristian Lehle, Köln

Heugel war in seiner Funktion als Oberstadtdirektor im Aufsichtsrat der Stadtwerke-Tochter GEW. Die GEW plante in modern unsozialdemokratischer Weise den Verkauf ihrer 25prozentigen Sperrminorität von Aktien der Firma Felten & Guillaume (F&G) an den Bonner Moeller-Konzern. Folge: F&G wurde von Moeller geschluckt. Die ohnehin schon reduzierte Belegschaft hatte jahrelang finanzielle Opfer gebracht, unter anderem durch kostenlos geleistete Überstunden. Sie mußte erneut die Zeche zahlen. Das F&G-Kabelwerk wurde von Moeller direkt zur Ausschachtung an ein dänisches Unternehmen weiterverkauft und die GEW hatte „vergessen“, Schutzgarantien für die Beschäftigten auszuhandeln. Wirklich kriminell wurde die Angelegenheit des Herrn Heugel allerdings durch seinen An- und Verkauf von F&G-Aktien. Heugel kaufte, noch vor dem Abschluß der Verhandlungen zwischen GEW und Moeller, Aktien von F&G, wohlwissend, daß deren Kurs danach steigen würde. Dummerweise sind solche Insidergeschäfte strafbar. Im Gegensatz zu Heugel werden korrupte und sich bereichernde Politiker allerdings nicht oft erwischt.

Im Fall des sprichwörtlichen kölschen Klüngels ist vor dem Fall Heugel vieles im Dunkel der SPD-CDU-Klüngelkoalition geblieben. Erinnerung sei nur an Lothar Ruschmeier (SPD) der als Heugels Vorgänger im Amt des Oberstadtdirektors der „Oppenheim Esch Holding“ lukrative Aufträge zuschanzte (u.a. das Bezirksrathaus Nippes, den Butzweilerhof, die Köln-Arena und das Technische Rathaus), um dann in die Führungsspitze des selben Unternehmens zu wechseln. Städtische Posten vom Oberstadtdirektor über die Verwaltungsspitze bis zum Schuldirektor werden strikt nach Parteibuch vergeben. Die CDU unterstützt die SPD-

Kandidaten und umgekehrt. Dieses Spiel scheint CDU Oberbürgermeisterkandidat Harry Blum, trotz 15 Jahren im Kölner Rat und acht Jahren als Bürgermeister in Köln, nicht wahrgenommen zu haben. Denn seine Aussage „Ich weiß, dass ich den SPD-Filz nur gegen die SPD-Genossen brechen kann“ ist entweder ein Ausdruck völliger Unwissenheit oder der Versuch die Kölner Bevölkerung für dumm zu verkaufen.

Wenn diese deformierte Demokratie der großen Kölner Koalition einmal nicht auf Antrieb klappte, stand die dritte Ratsfraktion Gewehr bei Fuß. Die Grünen sahen ihre Rolle als sogenannte Opposition im Kölner Modell allein als wechselnder Mehrheitsbeschaffer für CDU und SPD.

Durch den Sieg der CDU bei der Kommunalwahl im September und der SPD-Wahlschlappe wird sich nur die Rollenverteilung zugunsten der CDU verschieben. Echte Opposition ist nur durch außerparlamentarische Arbeit und die zwei neu gewählten Ratsmitglieder der PDS zu erwarten.

Wie die etablierten Lokalpolitiker in Köln den Fall Heugel sehen, offenbarte in einmaliger Offenheit der SPD-Fraktionsvorsitzende Rütter in der Ratssitzung am 27. August. Er meinte: „das hätte doch jedem von uns passieren können“ und warf der Presse vor „es sei wirklich absurd wegen 15.000 DM Spekulationsgewinn einen solchen Aufbruch zu veranstalten“. Was ist dem noch hinzuzufügen ...

Leider einiges, so z.B. die Geschichte der lukrativen Immobiliengeschäfte des Anwalts und Kölner CDU-Fraktionsvorsitzenden Rolf Bietmann. Ob sich der Fachmann im Paragraphendschungel strafbar verhalten hat ist bislang unklar, sicher ist jedoch das Resultat von zumindest einem dieser Geschäfte, Die Stadt Köln zahlte und der Kölner Ratsherr Bietmann kassierte.

Die Abfuhr für die Kölner SPD wird den Kölschen Klüngelsumpf nicht trocken legen, denn mit der CDU wurde der nächste Bock zum Gärtner gemacht. Grundsätzlich ist das Wahlergebnis jedoch ein deutliches Wählervotum gegen die Korruption, was insbesondere durch die von 79 (1994) auf 46,4 Prozent abgestürzte Wahlbeteiligung deutlich wird. ■

Ihr da oben ...



Gerechtigkeit?

Die privaten Geldvermögen haben in den vergangenen sieben Jahren um 63 Prozent zugenommen. (Von 3500 Milliarden Mark auf 5700 Milliarden Mark). Die Bedarfsgrenze für den Bezug von Sozialhilfe ist schon seit 6 Jahren nicht mehr angehoben worden. Danach muß ein Mensch mit 1100 Mark im Monat über die Runden kommen.

Frauensache?

Dem traditionellen Rollendenken ist wohl ein SPIEGEL-Redakteur zum Opfer gefallen wie der SPIEGEL selbst zugeben mußte. In einem Artikel stand folgender Satz:

„Die Hausarbeit ist trotz Feminismus überwiegend Sache der Frau geblieben – mindestens dort, wo das Geld für eine Haushälterin nicht reicht.“

Nachgefragt

Folgend Kurzmeldung war im September in der „metall“, Mitgliederzeitung der IG Metall, zu lesen: „Prämienlohn: Die Top-Leute der Deutschen Bank kassierten im ersten Halbjahr 1999 Erfolgprämien in Höhe von 2,7 Milliarden Mark – zusätzlich zu ihren Spitzgehältern.“ Die Mitarbeiter der VORAN-Redaktion berichten ja oft über Reichtum in diesem Land, aber bei dieser gigantischen Zahl – 2,7 Milliarden und nur für die Top-Leute einer einzigen Bank – kamen uns Zweifel, ob nicht doch ein Druckfehler vorlag. Sicherheitshalber haben wir die Redaktion der Metall angerufen. Auskunft vom zuständigen Redakteur: Doch, die Zahl ist kein Druckfehler sondern korrekt.

Kinderarbeit

Nach Schätzungen der UNO wird die Weltbevölkerung im Oktober die 6-Milliarden-Grenze überschreiten. 1 Milliarde der Menschen im erwerbsfähigen Alter sind arbeitslos. Das ist ein Drittel des globalen Arbeitskräftepotentials. Gleichzeitig gibt die Internationale Arbeitsorganisation die Zahl der zur Arbeit gezwungenen Kinder mit 250 Millionen an, davon 60% in Asien.

Rätsel

Folgende Parolen benutzten SPD, CDU, Grüne, PDS im Berliner Wahlkampf auf ihren Plakaten. Welche/r LeserInn schafft es jede Parole der richtigen Partei zuzuordnen?

- a) Berlin für alle
- b) 100 Prozent Berlin
- c) Berlin ist anders
- d) Berlin bleibt doch Berlin

d)S (P)
c) Grüne
b) CDU
a) PDS
:unsognyv



... wir hier unten

GRUNDSATZ PROGRAMM

Das Grundsatzprogramm der SAV ist erhältlich bei der Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln. Preis 4 DM + 1,50 DM Porto (Bitte in Briefmarken beifügen)

Wo bleibt der heiße Herbst?

„Heute ist es so wichtig wie nie zuvor, sich neben der gesetzlichen ... eine private Zusatz-Rente aufzubauen.“ Dieser Satz stammt aus einem Brief des ÖTV-Vorstands an alle Mitglieder, in dem die ÖTVler aufgefordert werden über den „Mitglieder-Vorteil-Service“ bei der DBV-Winterthur eine ÖTV-Privatrente abzuschließen.

Ursel Beck, Köln

Die angeschriebenen Mitglieder können daraus nur den Schluß ziehen, daß die ÖTV-Spitze Riesters Rentenpläne akzeptiert und die Millionen Mitglieder als Markt für ihre Servicebetriebe ausnutzt. Die bisherigen Aktionen der ÖTV gegen die Gesundheitsreform waren zu keinem Zeitpunkt Teil einer bewußten Strategie, die Reform zu Fall zu bringen. Das Bündnis mit den Arbeitgebern, freien Ärzten und Apothekern hat die Mobilisierungsfähigkeit von Anfang an geschwächt. Das selbstverständliche Bündnis im Kampf gegen die Gesundheitsreform ist der DGB, dessen Mitglieder und Familienangehörigen als Patienten mit am härtesten von den kranken Plänen der rot-grünen Regierung betroffen sind. Eine gemeinsame bundesweite DGB-Demo und notfalls ein Proteststreik in den Krankenhäusern, unterstützt von Solidaritätsstreiks in den Verkehrsunternehmen und anderen Bereichen wäre die richtige Antwort auf den rot-grünen Katastrophenkurs im Gesundheitswesen. Obwohl das Sparpaket ein riesiges Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen ist und Unternehmer und Regierung ihr Lehrstellenversprechen nicht eingehalten haben, beteiligen sich alle Gewerkschaftsvorsitzenden weiter am „Bündnis für Arbeit“ mit den Arbeitsplatzvernichtern.

Alle gemeinsam

Von der Gesundheitsreform, dem Sparpaket, den Steuerplänen, der wei-

teren Deregulierung beim Strommarkt, Post, Bundesbahn usw., dem Lehrstellenmangel sind alle abhängig Beschäftigten und ihre Familien, alle Arbeitslosen und Jugendlichen betroffen. Das macht einen gemeinsamen Kampf aller notwendig. Es wäre Aufgabe des DGB und der Einzelgewerkschaften diesen Kampf zu organisieren. Noch im August tönnten einzelne Gewerkschaftsfunktionäre von einem heißen Herbst. In Presseerklärungen und offenen Briefen an Schröder wurde das Ausbleiben der sozialen Gerechtigkeit kritisiert und war die Rede davon, daß Schröder

Unterschriften-sammlung

Die SAV organisiert eine Unterschriftensammlung an die Gewerkschaften mit der Forderung nach Organisierung einer bundesweiten Großdemo und Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zum Streik. Unterschriftenlisten können angefordert werden unter Tel. (0221) 13 45 04.

„ganz offensichtlich in die Fußstapfen von Kohl getreten“ sei (IG-Medien-Vorsitzender Hensche). Der nordrhein-westfälische IGM-Bezirksleiter kündigte an, die Wut und Enttäuschung der Wähler durch Proteste zum Ausdruck zu bringen, die „der Regierung wehtun“. Der DGB-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Jürgen Weissbach, erklärte Anfang August, die Gewerkschaftsmitglieder fühlten sich mißbraucht und spätestens nach der Sommerpause werde Kanzler Schröder den Widerstand gegen seine Politik zu spüren bekommen. Die Sommerpause ist inzwischen längst vorbei, die Regierung entschlossen, ihre Kürzungspläne durchzuführen.

Am 29. Oktober geht die Gesundheitsreform und am 4. November das Sparpaket im Bundestag in die 2. und 3. Lesung. Am 26. November berät der Bundesrat abschließend über beide Gesetze. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Alles was die Gewerkschaften bisher an Widerstand organisieren, sind verzettelte Aktionen, die die Regierung nicht beeindruckt. Nach mehreren einzelnen begrenzten Demos gegen die Gesundheitsreform, demonstrierten am 27. September die Beschäftigten der kommunalen Energieversorgungsbetriebe in Berlin gegen die Liberalisierung des Strommarkts. Am 19. Oktober mobilisieren DGB und Beamtenbund die Beamten nach Berlin, um gegen die Begrenzung der Beamtensoldung in den nächsten 2 Jahren auf den Inflationsausgleich zu protestieren. Die Begrenzung der Erhöhung der Renten und Beamtensolde auf Inflationsausgleich sind aber von Regierungsseite aus auch als Signal für die nächste Tarifrunde geplant. Die Lohnsteigerungen sollen ebenfalls auf Inflationsausgleich begrenzt werden.

Trotzdem mobilisieren die Gewerkschaften weder alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, geschweige denn alle abhängig Beschäftigten dagegen. Beide bundesweiten Demos finden ausserdem an einem Arbeitstag statt und sind nicht mit einem Streikaufruf verbunden. Damit wird die Mobilisierung von vornerein begrenzt. Am 27. Oktober will die IG-Metall-Jugend mit einem bundesweiten dezentralen Aktionstag „an den geforderten Politik-Wechsel erinnern“ und die versprochenen Lehrstellen einfordern. Unter anderem soll den örtlichen Bundestagsabgeordneten roter und grüner Wackelpudding überreicht werden. Und 2 Tage später, am 29. Oktober organisieren die Arbeitsloseninitiativen bundesweit dezentrale Proteste gegen die Auswirkungen des Sparpakets auf die Arbeitslosen.

Bundesweite Großdemo

Begrenzte bzw. symbolische Proteste werden nichts am Kurs der Schröder-Regierung ändern. Es ist notwendig eine gemeinsame bundesweite Großdemo in Berlin - ähnlich wie die

Demo der 500.000 am 15. Juni 96 in Bonn - zu organisieren. Falls eine solche Massendemo nicht ausreicht die arbeitnehmerfeindliche Politik der Schröder-Regierung zu stoppen, muß als nächste Stufe ein eintägiger politischer Proteststreik organisiert werden. Für diese Kampfschritte muß Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeübt werden.

Auf allen Ebenen der Gewerkschaft müssen Anträge eingebracht werden, die verlangen, daß die Führung den Kampf organisiert. Der IGM-Kongress Anfang Oktober ist eine Chance, für einen entsprechenden Beschluss zu kämpfen. Wenn die Gewerkschaftsführung sich weigert, den Kampf gegen die rot-grüne Regierung zu führen, müssen oppositionelle Betriebsräte, innergewerkschaftliche Oppositionsgruppen, einzelne Gewerkschaftsgliederungen, Euromarsch-Bündnis, Arbeitsloseninitiativen und Gruppen aus sozialen Bewegungen sich zusammenschließen und selber als ersten Schritt eine bundesweite Großdemo organisieren. ■



DGB-Kampagne zur Bundestagswahl 1998: Wo bleibt heute der Kampf gegen rot-grünen Wahlbetrug?

Alcatel Berlin: Betrieb besetzt

„Dieses Werk ist besetzt“ steht am Tor der Kabelwerke Alcatel. Das erste Mal seit fünf Jahren wehren sich KollegInnen in Berlin mit einer Besetzung gegen die drohende Schließung ihres Betriebs. Bis zum Jahresende soll damit das vierte von Alcatel in Berlin aufgekaufte Werk wieder dicht gemacht werden.

Katja Raetz, Berlin

Von den 170 Arbeitsplätzen sollen gerade mal 30 noch für

Innen existiert. Der Maschinenführer Petra Daniel: „Der Betrieb macht nach wie vor Gewinne und uns wollen sie mit ungefähr 20.000 DM pro Arbeiter abspesen, egal wie lange man hier gearbeitet hat.“ Allein 1998 lag der Gewinn bei 2,5 Millionen DM. Doch durch die Rationalisierung in der Kabelindustrie werden immer mehr Betriebe überflüssig. So werden auch in Hamburg und in Stadhagen Alcatel-Betriebe geschlossen und außerdem zwei Betriebe

gemeinsamen Kampf organisiert, haben die Betriebsräte in den anderen Städten die Sozialpläne bereits unterschrieben. Nach Frankreich wurde ein Brief an den Betriebsrat geschrieben, doch auch da nicht weiter nachgehakt. Die KollegInnen in Berlin wollen durchhalten. „Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze. Doch viele KollegInnen sind frustriert, wir hoffen eigentlich auf ein Wunder. Die Wut über die Konzernleitung, die uns bis heute keinen Grund für die

jetzt immer wieder Äußerungen, daß es wenigstens einen Sozialplan oder eine Beschäftigungsgesellschaft geben soll. Gerade die Situation in Berlin zeigt aber, daß man um jeden Arbeitsplatz kämpfen muß. Von 1991 bis 98 sank die Zahl der Industrie-Arbeitsplätze von 256.000 auf 118.700, jeder zweite Job ist weggefallen. Die Erfahrung mit Belfa, AEG-TRO, KWO, AEG-AMC, Babcock, ABB und vielen anderen Betrieben, die entweder geschlossen oder wo die Mehrheit der Arbeitsplätze abgebaut wurden, zeigt: Mit Versprechungen wie Beschäftigungsgesellschaften darf man sich nicht hinhalten lassen. Nötig wäre ein eintägiger Streik- und Protesttag aller Metallbetriebe in Berlin zusammen mit der Bevölkerung. Die Bedingungen dafür sind gut. Mit einer Unterschriftenaktion haben 600 Berliner ihre Solidarität bekundet und die KollegInnen von den Kabelwerken Oberschöneweide haben bereits Geld zur Unterstützung der Alcatel-Beschäftigten gespendet. Petra Daniel: „Auch wenn die Stimmung nicht so gut ist, bis auf einige wenige, die hoffen übernommen zu werden, stehen alle hundertprozentig hinter der Besetzung, egal ob Angestellter oder Arbeiter. Uns ist klar, daß wir nur so etwas erreichen können.“

„Von Alcatel lernen, heißt Werksbesetzung lernen“ steht auch noch am Tor. Tatsächlich sollten wir das als Ermutigung für andere Betriebe sehen, sich ebenfalls zu wehren und dafür zu sorgen, daß die Rechnung der Bosse nicht aufgeht. ■

Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen

Die weitere Beteiligung der Gewerkschaften am „Bündnis für Arbeit“ mit den Arbeitsplatzvernichtern und die Passivität gegenüber dem Wahlbetrug der rot-grünen Regierung zeigen erneut, daß die heutigen Gewerkschaftsführer nicht die Interessen der Basis vertreten. Das bestätigt die Notwendigkeit für den Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition.

SAV-Mitglieder in der ÖTV haben zusammen mit anderen KollegInnen im Sommer 1996 die Initiative ergriffen für den Aufbau einer Opposition in der ÖTV. Die im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ zusammengeschlossenen kritischen Vertrauensleute, Personalräte, JugendvertreterInnen und GewerkschaftsaktivistInnen haben seither drei Zeitungen herausgebracht, eine ausführliche Gegenposition zur geplanten Fusion erarbeitet, sich mit gemeinsamen Positionen aktiv in Tarifrunden eingemischt, seit 1997 mehrere Lobbys vor Sitzungen der Tarifkommission organisiert, sich aktiv am Euromarsch-Bündnis beteiligt und für die Demo am 29. Mai diesen Jahres in Köln mobilisiert. Das Netzwerk lehnt das „Bündnis für Arbeit“ ab und fordert den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen Sparpaket, Gesundheitsreform, Sozialkürzungen, Privatisierung und Deregulierung.

Zehn Tage nach dem ÖTV-Sonderkongreß zur Fusion findet am Samstag, den 27. November das siebte bundesweite Treffen des Netzwerks statt. Der Sprecherrat schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. ÖTV-Fusions-Sonderkongress und Konsequenzen für das Netzwerk
 2. Kampf gegen rot-grüne Kürzungen
 3. Tarifrunde 2000
 4. Berichte aus Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen
Nähere Infos über Angelika Teweleit, Tel. (0561) 69646
- Seit April diesen Jahres haben sich die Linken aller Gewerkschaften vernetzt. 140 GewerkschafterInnen trafen sich am 15./16.4.99 zu einem ersten Treffen und gründeten die „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Bei einem bundesweiten Kongress mit dem Thema „Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften“ am 3. und 4. September waren 450 TeilnehmerInnen. Das nächste bundesweite Treffen findet am 3. und 4. Dezember in Stuttgart statt. Hauptthema soll das „Bündnis für Arbeit“ sein.

Weitere Infos über Heinz-Günter Lang,
Tel. (06257) 1468.



Alcatel-Beschäftigte im Juli 99: Widerstand gegen Betriebsschließung

den Versand nach Osteuropa bleiben. Nicht mal ein richtiger Sozialplan für die Kolle-

in Frankreich selbst, wo der Stammbetrieb sitzt. Doch anstatt, daß die IG Metall einen

Schließung genannt hat, ist groß“, so Petra Daniel. Vom Betriebsrat kamen bis

Just writing my name...

...in Graffiti on the wall (KRS-ONE)

Graffiti stellt heute weltweit einen Bestandteil unabhängiger Jugendkultur dar. Während ein Großteil der jugendlichen Bevölkerung es als Teil ihrer Kultur betrachtet oder zumindest eindeutig als eine moderne Form der Kunst anerkennt, beschränken sich Politiker auf die Kriminalisierung von Graffiti.

Boris, Kassel

Um gegen Graffiti besser hetzen zu können, wurden in vielen Städten Öffentlichkeitskampagnen gegen Graffiti gestartet.

Das hinter Graffiti eine völlig unabhängig entwickelte Kultur steht, daß Kriminalisierung

eine Einschränkung der Kunst bedeutet, daß der Staat durch die völlig unverhältnismäßig hohen Strafen die Zukunft von Jugendlichen verbaut, daß der Staat Hip-Hop-Jams mit Spitzel überwacht, dort Writern ihre Blackbooks (Skizzenbücher) abnimmt, in denen oft die Arbeit von mehreren Jahren ist, daß Bundesgrenzschutz (BGS) und Sonderkommissionen mit Sprühdosen legale und illegale Bilder zerstören, um Unfrieden in die Szene zu bringen ...alles das verschweigt die Hetze.

Beispiel Kassel

Im Sommer 98 begann der BGS mit seiner Jagd auf Graffiti in Kassel. Eine Sonder-

kommission wurde gebildet und die legalen Flächen wurden quasi rund um die Uhr überwacht und mindestens sechs Writter wurden dort festgenommen, um ihre Wohnungen zu durchsuchen. Hausdurchsuchungen wurden auf sehr fragwürdiger Grundlage durchgeführt, was konkret mehrere Stunden Beleidigungen, Einschüchterung, Lästerei, Nötigungen und eine ganze Menge ignoriertes Gesetze seitens der Beamten bedeutete. So werden z.B. Zeugen rausgeschickt, Stifte, Marker und andere für eine Wand ungeeignete Materialien wurden mitgenommen, auf den Formularen war die Zustimmung bereits angekreuzt, Rechtsauskünfte über die Formulare, die man unterschreiben muß wurden verweigert...

BGS

Der BGS ist eine bundesweite Polizeitruppe, die mit dem Recht zu willkürlichen Maßnahmen ausgestattet ist. Der Staat hat somit durch den BGS die Möglichkeit gegeben, unkontrollierbare Jugendkultur jederzeit zu behindern und zu schikanieren, und ganze Gruppen - wie z.B. Writter - zu kriminalisieren. Dies wird noch dadurch beschleunigt, daß man uns erst die legalen Flächen wegnimmt, und dann mit dem Argument, daß die Zahl der „illegalen“ Pieces ansteigt, die Repressionen verschärft werden. So wurde in der Kasseler Hall of Fame, die legale Flächen für 60 Bilder liefert, kaum mehr gemalt, da Writter mit Verhaftungen rechnen mußten.

Die Skate und HipHop-Szene ist inzwischen relativ groß geworden, aber es existieren keine Vernetzungen oder Organisationen, die eine Kampagne gegen solche Willkürmaßnahmen organisieren. In Kassel haben wir über die Sozialistische Alternative (SAV) eine relativ breite Lobby gegen den BGS aufgebaut; wir überzeugten Organisationen wie DGB- und AWO-Jugend unsere Kampagne zu unterstützen, viele andere waren quasi auto-

matisch dabei wie z.B. der 1. Skateboardverein Kassel „Mr.Wilson“ und die „Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Polizisten“. Mit dieser Lobby sorgten wir dafür, daß der BGS über mehrere Monate permanent in der Presse angegriffen wurde.

Außerdem machten wir eine Demo gegen den BGS - mit einem anständigen DJ, Graffiti-Action, Breakern... ein paar hundert bekamen ihnen Hintern hoch um zu zeigen, daß Graffiti nicht nur den Graffiti-Writern wichtig ist. Alles in allem also drei Monate Hartgas für das Image unserer „Grenzschützer“.

Sondereinheit aufgelöst

Wir planten gerade die Übergabe der ersten 1000 Unterschriften gegen den BGS, da bekamen wir die Nachricht, daß der BGS die „EG Graffiti in Kassel aufgrund der schlechten Presse aufgelöst hat“!

Seit dem haben wir wieder unseren Frieden und die Hall of Fame gehört wieder uns. Damit es hier so ruhig bleibt, und da aus sehr vielen Städten Anfragen über unsere Kampagne kamen, weil es dort genauso abgeht, werden wir die Kampagne weiterführen und versuchen, bundesweit gegen den BGS mobil zu machen. Das kann aber nur klappen, wenn genug Leute mitmachen. Was jeder tun kann: Schreibt uns oder ruft uns an, wenn Ihr auf die bundesweite Unterstützerliste für die folgenden Forderungen wollt:

Mehr Geld für Jugendprojekte

Wir fordern:

- Keine Observierung an legalen Graffiti-Flächen
- Erhalt der bestehenden und Schaffung weiterer legaler Graffiti-Flächen
- Abschaffung der völlig übertriebenen Strafen
- Abschaffung aller Graffiti-Sonderkommissionen

Antifa-Notizen

Gegen Nazis auf die Straße

Am 11. 9. demonstrierten rund 200 meist Jugendliche in Dresden gegen die Faschisten. Das Motto lautete aufgrund der sächsischen Landtagswahlen „Keine Stimme für Nazis und Rassisten!“. Die Initiative zur Demo war von der SAV-Gruppe Dresden ergriffen worden, Unterstützung gab es von der PDS-Jugend, dem Grünen Jugendbündnis und anderen.

Zum ersten Mal fand in Dresden eine antifaschistische Demonstration in Vierteln statt, in denen sich Nazis momentan gezielt breit machen. Insbesondere die faschistische NPD hat mit ihren Plakaten ganze Straßenzüge zugehängt, vorsichtshalber in mehreren Metern Höhe. Trotzdem hat sich der faschistische Schilderwald zunehmend gelichtet.

Allerdings ist es den Nazis gelungen, völlig ungestört eine Reihe von Infoständen abzuhalten. Der Grund dafür liegt nicht darin, daß die Nazis im Osten allgemein akzeptiert wären. Wir haben bei der Mobilisierung zur Demo an den SAV-Infoständen viele Jugendliche getroffen, die Frust und Wut über die Nazis hatten. Allerdings sind antifaschistische Jugendliche zu schlecht organisiert. Schnelle Mobilisierungen gegen faschistische Aktionen sind daher schwer zu machen.

Die Demo kann daher auch nur ein Anfang sein. Als nächsten Schritt hat die SAV Dresden zu einem Treffen eingeladen, um Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) zu gründen. Denn nur gut organisiert werden wir in Dresden und anderswo die Nazis zurückdrängen.

Ingmar, Dresden

Nein zu Nazibanden

Die Faschisten bekommen immer mehr Aufwind und Angriffe auf Ausländer und Linke nehmen zu. Um sich auch in Rostock auszubringen, hat die DVU Interesse an einem Grundstück für ein Schulungszentrum angemeldet. Wir - Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und SAV - organisierten sofort eine Kampagne gegen den Nazibunker mit dem Höhepunkt einer Protestaktion am 10. September. Im Vorfeld der Aktion mobilisierten wir an Schulen und informierten die Presse.

Wir haben mit zwei Infotischen, Aufstellern, Infomaterialien, und ca. 50 vorwiegend jungen Leuten den zentralen Platz in der Innenstadt in Beschlag genommen. Wir hatten zwei Redner, die über das DVU-Zentrum, die ausländerfeindlichen Angriffe in Lichtenhagen 1992 und Nazis allgemein sprachen. Insgesamt bekamen wir knapp 60 DM Spenden und haben natürlich viele interessierte Leute kennengelernt, die hoffentlich bald unsere Reihen stärken. Auf der anschließenden JRE-Sitzung, wo gleich drei „Neue“ da waren, haben wir noch einmal JRE vorgestellt und alle drei wollen mitmachen. Wir betrachten die Aktion auf jeden Fall als Erfolg für uns. Auch wenn derzeit nichts mehr über das geplante DVU-Zentrum in den Medien berichtet wird, so werden wir weiterhin wachsam sein. Wir werden alles in unser Macht stehende tun, damit es nicht gebaut wird - weder in Rostock noch anderswo!

Kerstin, Rostock

Versprochen und gebrochen!



Am 6. Juli haben es die Arbeitgeber versprochen: die Ausbildungsplatzgarantie. Und der IG-Metallvorsitzende Zwickel sprach auch von einem Durchbruch. Doch Versprechungen sind noch keine Taten und wenn sie von Regierung oder Arbeitgebern kommen das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen: am 1. September waren immer noch 216.000 Jugendliche auf Lehrstellensuche. Dem stand ein Angebot von nur 95.000 offenen Ausbildungsplätzen gegenüber. Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage ist

damit so groß wie nie zuvor in den 90er Jahren. Deshalb findet am 27. Oktober ein dezentraler Aktionstag der IG-Metall-Jugend statt. Doch warum sollen montags die Beamten, dienstags die KrankenpflegerInnen und mittwochs die Auszubildenden auf die Straße gehen? Unsere Forderung an die Gewerkschaften: eine Vollmobilisierung aller von den unsocialen Maßnahmen der Bundesregierung und der Unternehmer Betroffenen zu einer bundesweiten Großdemonstration - ALLE GEMEINSAM!

Nazis schaffen Terror-Zonen

Naziaufmärsche, Mordanschläge auf AusländerInnen, wie der in Eggesin, bei dem ein Vietnamese so brutal zusammengeschlagen wurde, daß er tagelang im Koma lag - das ist in vielen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns und Ostdeutschland grausame Normalität. Hinter diesen Aktivitäten der Nazis steckt nicht nur blinder ausländerfeindlicher Wahn sondern ein gezieltes politisches Konzept.

Christine, Rostock

Die JN (Junge Nationaldemokraten, Sammelbecken militanter Faschisten) tritt in diesem Zusammenhang besonders hervor. Ihr Ziel von „befreiten Zonen“ beschreibt sie in diversen Texten, die für die rechten Schlägerbanden der politische und militärische Leitfadern sind.

Befreite Zonen bedeuten die „Etablierung einer Gegenmacht“. Die JN fordert: „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde,

wir unterstützen Kampfgefährten(...) Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivitäten der Stadt zweitrangig.“

In Dörfern des Ueckerandow-Kreises, in Kleinstädten wie Wolgast oder Grevesmühlen sind diese „befreite Zonen“ bereits Alltag. Die Untätigkeit des Staates liegt dort zum einen an offener Sympathie zum anderen aber auch an den Nazi-Strukturen und Netzen, die sehr klug aufgebaut sind. Widerstand gibt es in diesen Dörfern mit einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 25 Prozent nicht mehr. Linke und AusländerInnen flüchten und Kritiker halten aus Angst um ihr Leben den Mund.

Für die Nazis dagegen lebt es sich dort sehr gut - denn „es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiet für die Nationalisten Deutschlands.“

Die Faschisten wollen ihre

Herrschaftsgebiete aber nicht nur geographisch definieren. So steht in einem JN-Papier: „Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Infostände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. Dazu muß man sich die Orte genau auswählen. Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und wir bestimmen, was ... in einer Stadt ist und was nicht.“

Um unabhängig vom Staat zu sein, fordern sie ihre Gefolgschaft auf, sich selbständig zu machen und somit nicht erpressbar oder wirtschaftlich abhängig zu sein. Im Sinne einer optimalen Verankerung sollen die Nazi-Kader denn auch gezielt zusammen wohnen, um „... vor Ort sichtbar Macht auszuüben. Dann ist es unabhängig, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen“.

Gemäß dieser Direktive gehen zwei der führenden NPD-

Größen in Rostock - Markus und Jan Krüger - als Betreuer in Kinderferienlager, als freiwillige Helfer in Kindertagesstätten und helfen alleinerziehenden Müttern beim Einkauf (Spiegel TV berichtete).

Auch in Rostock, wo SAV und JRE gezielt Antifa-Arbeit leisten, breiten sich die Faschisten in einigen Stadtteilen aus und legen zum Beispiel in Dierkow (dort gab es schon 1998 einen bundesweiten Aufmarsch mit 3500 Nazis)



200 demonstrierten am 11. 9. in Dresden gegen die Faschisten

Vor zehn Jahren wurde das bürokratische Regime der DDR, das bis dahin allmächtig und felsenfest erschien, durch die Revolution vom Volk gestürzt. Zum zehnten Jahrestag sind die Medien bemüht zum wiederholten Male die Botschaft zu vermitteln: der Sozialismus funktioniert nicht, am Beispiel der DDR und der anderen osteuropäischen Staaten hätten wir es ja gesehen. Daß die DDR keinen einzigen Tag sozialistisch war, haben wir im ersten Teil der Geschichte der DDR ausgeführt. (Siehe VORAN Nr. 208, September 99). Der vorliegende zweite Teil ist den Ereignissen von 1989/90 gewidmet.

Antje Zander, Teilnehmerin an den Ereignissen, erinnert daran, daß die Politik damals vom Volk auf der Straße gemacht wurde. Sie erklärt, warum es zu der Revolution kam und warum sie mit der Wiedereinführung des Kapitalismus in der Niederlage endete.

In den 80er Jahren verschärfte sich die wirtschaftliche Krise in der DDR und auch in den anderen osteuropäischen Ländern. Doch die Ursache dafür lag nicht in der Planwirtschaft. Die Ursache dafür war, daß in allen diesen Ländern eine kleine, abgehobene Schicht von Bürokraten die Wirtschaft, aber auch die gesamte Gesellschaft kontrollierte. Aber eine geplante Wirtschaft kann nur funktionieren, wenn alle demokratisch in die Planung einbezogen werden. Doch in den stalinistischen Staaten wurde jede Initiative aus Angst vor Kritik und dem Verlust ihrer Privilegien von der Bürokratie unterdrückt. Wirtschaft und Gesellschaft stagnierten und rutschten immer tiefer in eine Krise hinein. In der DDR entwickelten sich vor diesem Hintergrund im Verlauf der 80er Jahre langsam verschiedenste oppositionelle Gruppen. Erste kleinere öffentliche Proteste wurden sofort unterdrückt.

Aber all die Repressionen führten nur dazu, daß sich die Bitterkeit gegen die SED-Führung verstärkte. Am 7. Mai 89 fanden Kommunalwahlen in der DDR statt. Offiziell wählten 98,77 Prozent die Kandidaten der Einheitsliste der "Nationalen Front". Doch aus eigener Erfahrung und Gesprächen mit Freunden war vielen Leuten klar, daß dieses Ergebnis einfach nicht stimmen konnte. Es gab Proteste in vielen Städten und die Wut über die Verlogenheit des Regimes führte zu regelmäßigen Protestaktionen an jedem 7. des Monats auf dem Berliner Alexanderplatz. Der Unmut verstärkte sich, als die DDR-Regierung das blutige Massaker der chinesischen Regierung am Tiananmen-Platz im Juni 89 unterstützte, und es als „notwendige Antwort auf den Aufruhr einer Minderheit“ bezeichnete.

Flüchtlingsstrom

Im Sommer 89 kam die schwelende Krise an die Oberfläche. Auslöser war die verstärkte Flucht von vielen DDR-

Geschichte der DDR – Teil II

DDR 1989/90: Die ve

Bürgern über die neu geöffnete ungarische Grenze in den Westen, Tausende hielten sich zudem in den BRD-Botschaften in Ostberlin, Prag und Budapest auf um ausreisen zu können. Viele Leute erlebten, daß ganz überraschend Familienmitglieder, Freunde, ArbeitskollegInnen und Nachbarn auf dem Weg in den Westen waren.

Dieser Flüchtlingsstrom, aber auch die Frage: soll man selber gehen oder hier bleiben, gibt es vielleicht Hoffnung auf Veränderungen, waren in diesen Tagen Thema Nummer eins. Doch das DDR-Regime zeigte sich völlig unberührt, die Zehntausenden wurden nur lapidar als „Staatsfeinde“ und „undankbare Egoisten“ bezeichnet. Das verstärkte natürlich die Wut, und selbst viele SED-Mitglieder fragten sich, ob „die da oben“ überhaupt wissen, was im Lande abgeht.

Am 4. September nahmen 1200 Menschen in Leipzig an der ersten Montagsdemonstration teil. Sie riefen Parolen wie: „Wir wollen raus“, und „Wir wollen eine neue Regierung“. Drei Wochen später demonstrierten, trotz der Gefahr durch die Polizeikräfte, dann schon 8000 Menschen. Doch jetzt hieß es auf einmal anstatt „Wir wollen raus“ - „Wir bleiben hier. Das bedeutet, wir wollen hier etwas verändern. Und die Tatsache, daß die DDR-Führung diese Ausreisewelle nicht verhindern konnte, im Gegenteil so tat, als würde nichts passieren, zeigte die Schwäche des Regimes.

Trotz Verhaftungen gingen die Proteste weiter und entwickelten sich mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit. Im Oktober begannen sie, sich auf das ganze Land auszuweiten. Am 2. Oktober, nur fünf Wochen nach der ersten Montags-Demo, waren in Leipzig 20 000 Menschen auf der Straße. Neben „Wir bleiben hier“ wurde der Ruf nach „Wir sind das Volk“ zum Hauptlogan. Dieser im Oktober alles bestimmende Ruf traf die Stimmung in diesen Tagen auf den Punkt. Mit ihm wurde der SED-Regierung das Recht abgesprochen, weiter im Namen des Volkes zu agieren.

Wendepunkt im Oktober

Der Oktober wurde zum entscheidenden Monat. Am 7. 10. sollten die offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR Gründung stattfinden, ein Ereignis, das Honecker und Co. als Machtdemonstration nutzen wollten. Eine riesige Spannung erfaßte das ganze Land. Auf der einen Seite gab es die offiziellen Feierlichkeiten mit dem propagandistisch hochgejubelten Fackelzug der FDJ und die übliche Militärparade in der Karl-Marx-Allee, auf der anderen Seite protestierten 10 000 in Berlin, 40 000 in Dresden und 20 000 in Leipzig sowie in vielen anderen Städten. Die Demonstranten riefen, „Wir sind das Volk“, „Meinungsfreiheit – Pressefreiheit“ und forderten die Polizisten auf, sich ihnen anzuschließen. Die SED-Führung setzte in Berlin gegen die Demonstranten Wasserwerfer und Gummiknüppel ein. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. Aber statt sie einzuschüchtern steigerte das nur noch die Wut, aber auch die Entschlossenheit der Bewegung.

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings noch nicht klar, was passieren würde. Es schien möglich, daß die DDR-Führung die „Chinesische Lösung“, das heißt die gewaltsame Zerschlagung der Bewegung versuchen würde. Deswegen schauten alle voller Spannung am 9. Oktober, dem Montag nach den Auseinandersetzungen, nach Leipzig. In Leipzig selber wurde bekannt, daß das medizinische Personal für Spät- und Nachtschicht zwangsverpflichtet wurde, Krankenhausbetten geräumt und zusätzliche Blutkonserven bereit gestellt wurden. SED Vertreter gingen durch die Studentenwohnheime und warnten die Studenten davor, sich an der Demo zu beteiligen.

Doch am Abend erlebte Leipzig die größte Protestdemo seit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953. Über 70 000 Menschen zogen durch die



Mutig und mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ gehen die Menschen im Herbst 89 massenhaft auf die Straße. Das einst allmächtig erscheinende Regime wird durch die Revolution gestürzt. Das Bild zeigt die Montagsdemonstration vom 16. Oktober in Leipzig mit über 120.000 Teilnehmern.

Innenstadt. Sie wußte um die Gefahr, die ihnen von der bewaffneten Staatsmacht drohte und waren trotzdem gekommen. Ihnen zu Ehren wurde damals der Vorschlag gemacht Leipzig in „Heldenstadt der DDR“ umzubenennen. Sie riefen: „Wir sind das Volk – Wir bleiben hier – Kein neues China“, Eine andere Parole lautete „Alle Macht dem Volk – für einen demokratischen humanen Sozialismus“ und die Internationale wurde gesungen.

Die Polizei zog sich zurück, Angehörige der Kampfgruppen wurden von Demonstranten umringt und in Diskussionen verstrickt. Das Regime hatte sich entschlossen nicht einzugreifen – warum? Die SED-Führung war zu diesem Zeitpunkt schon gespalten. Sie sah, daß ihre Felle davon schwammen, und daß die Unterstützung unter der Bevölkerung täglich und sehr rapide abnahm. Als Ausweg befürwortete ein Teil ein hartes Eingreifen, andere Teile der Bürokratie argumentierten für die Einführung von Reformen, um der Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und nicht völlig unterzugehen. Ihnen war klar, daß der Versuch einer blutigen Niederschlagung zu diesem Zeitpunkt das Aus für sie bedeutet hätte. Auf sowjetische Unterstützung wie 1953 konnten sie nicht mehr hoffen. Doch das Wichtigste war, die Bevölkerung hatte ihre Angst verloren, der Widerstandswille nahm zu. Überall, in den Betrieben, den Universitäten, im Freundeskreis und in der Familie, wurde diskutiert, und es waren sich fast alle einig: So kann es nicht weitergehen, es muß sich jetzt was verändern.

Die Revolution breitet sich aus

Dieser 9. Oktober 89 veränderte die Situation völlig. Die Bewegung sprang nun auf alle Teile der Gesellschaft über. Am 12. Oktober fand die erste Studentendemo für eine Reform der Hochschulen in Berlin statt. ArbeiterInnen der Wilhelm-Pieck-Maschinenfabrik in Teltow bei Berlin verließen den FDGB und planten die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft.

Und die Proteste nahmen nochmals stark zu. Eine Woche nach dem 9.10. waren 120 000 auf der Demo in Leipzig, gefolgt von 250 000 eine weitere Woche danach. Auch in sehr vielen anderen Städten gingen Zehntausende auf die Straße. Irgendwie war jetzt kein Halten mehr. Auf diesen Demos waren immer mehr Transparente zu

sehen. Da war zu lesen: „Visafrei bis nach Hawaii“, „Freie Wahlen“, „Die führende Rolle dem Volk“.

Der Regierung, bzw. dem früher so mächtigen Politbüro, blieb nichts anders übrig, als unter dem Druck der Straße immer mehr Zugeständnisse zu machen. Am 17. 10. wurde Honecker durch Krenz ersetzt. Führende SED Bürokraten traten zurück, Teile des Politbüros wurden abgesetzt. Visa-Beschränkungen für Reisen in die Tschechoslowakei wurden aufgehoben, ein neues Reisegesetz als Antwort auf eine der Hauptforderungen der Bewegung nach Reisefreiheit, angekündigt. Das alles passierte in einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Doch die Revolution war schneller und die Regierung hinkte im Vollzug stets den neuen Forderungen nach. „Die ‚Vorhut‘ ist hinter uns her“ lautete doppeldeutig eine der Transparentlösungen.

Doch die Revolution spielte sich nicht nur auf der Straße ab. Überall, in den Betrieben Schulen und Unis, im Familien- und Freundeskreis, auf der Straße und in der S-Bahn fanden Debatten und offene Diskussionen statt. Nach Theatervorstellungen trafen sich Schauspieler mit dem Publikum in Foyer, um sich über die Situation im Lande auszutauschen. Kein Rockkonzert begann, ohne daß der Sänger zuerst was zur Lage sagte. Zum ersten Mal in der DDR-Geschichte gab es im Fernsehen unzensurierte Übertragungen von Diskussionsrunden. Viele waren froh, endlich das auszusprechen, was ihnen auf der Seele lag: die Situation im Land, die Verlogenheit der Medien und der SED Führung, was in den Betrieben falsch lief, die Umweltverschmutzung. Jeder machte sich auch Gedanken, wie es weiter gehen soll. Denn eins war klar, von dieser Regierung war nicht mehr viel zu erwarten. Und irgendwie fühlte sich jetzt auch jeder ein bisschen verantwortlich.

Größte Demonstration in der deutschen Geschichte

Am 4. November fand am Alexanderplatz in Berlin mit fast einer Million Teilnehmern die größte Demonstration in der deutschen Geschichte statt. Noch nie hatten die Menschen soviel gemeinschaftliche Entschlossenheit, spontanen Einfallsreichtum aber auch Radikalität, die sich vor allem in den mitgeführten selbstgemalten Transparenten ausdrückte, erlebt.

„Stasi an die Stanze, Freie Wahlen jetzt, Es lebe die Oktoberrevolution

1989, Weg mit allen Privilegien, Alle Macht den Räten, Gegen Monopolszialismus - für Demokratischen Sozialismus, Demokratie jetzt, Für Gewerkschaften die welche sind“, stand auf den Transparenten zu lesen. Demonstranten bekundeten ihre Solidarität mit der Opposition in China, in Rumänien und der Tschechoslowakei. Die Kundgebung wurde mit den Worten eröffnet: „Dies ist eine sozialistische Protestdemonstration!“. Die Leute standen stundenlang auf dem Platz und hörten ganz genau zu, was die RednerInnen zu sagen hatten, kein Wort sollte ihnen entgehen. Christa Wolf sagte unter großem Beifall: „Diese Wochen, diese Möglichkeiten werden uns nur einmal gegeben, durch uns selbst. ... Stellt Euch vor es ist Sozialismus und keiner rennt weg!“ Die Schauspielerin Steffi Spira spricht aus, was viele in diesen Tagen empfanden indem sie Brechts „Lob der Dialektik“ zitiert: „So wie es ist, bleibt es nicht. Wer lebt sage nie Niemals. Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein? Und aus Niemals wird: Heute noch!“ Dieser 4. November war ein Höhepunkt der Revolution. Vielen Menschen, die an den Demonstrationen der letzten Wochen teilnahmen, war bewußt, in diesen letzten Wochen hatten sie durch den Druck von der Straße das Land verändert. Das Selbstbewußsein wuchs.

Maueröffnung

Das alte Regime brach Schritt für Schritt zusammen. Am Abend des 9. November verlas der SED-Funktionär Schabowski auf einer Pressekonferenz neben anderen Erklärungen auch den zweiten Entwurf des Reisegesetzes. Dieser beinhaltete, das Reisen ins Ausland von nun an ohne jede Einschränkung beantragt werden können. Auf Nachfrage sagte er, daß dies ab sofort gelte. Nun gab es kein halten mehr. Innerhalb von wenigen Stunden zogen Massen von Ostberlinern zur Mauer. Die Grenzsoldaten waren völlig überrascht und entschlossen sich dann einfach, die Tore zu öffnen. Noch in der selben Nacht machten Zehntausende Ostberliner einen Ausflug nach Westberlin hinter jene Mauer, die ihnen das seit 28 Jahren verwehrt hatte. Die meisten konnten es gar nicht so richtig fassen. Überall knallten Wildfremde Menschen fielen sich in die Arme. Die Maueröffnung und der Gewinn der Reisefreiheit wurde als gewaltiger Erfolg von der Masse der DDR-Bevölkerung angesehen und ihnen war klar, daß



Verlorene Revolution

sie ihn mit ihren Demonstrationen erkämpft hatten.

Mit der Öffnung der Grenze hatte die SED Führung versucht Zeit zu gewinnen, aber vor allem auch Unterstützung für die neue Regierung unter Modrow. Doch sie irrten sich, die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Jedes Zugeständnis ermutigte die Massen, denn sie sahen es berechtigterweise nicht als freundliche Geste, sondern als Ergebnis ihrer Aktivitäten.

Es trat nun die Phase der Revolution ein, in der die Staatsmacht völlig isoliert war und es faktisch keine Vollzugsgewalt mehr gab. Die Politik wurde jetzt auf der Straße gemacht.

Revolution ohne Führung

Ein Charakteristikum der DDR Revolution von 89 war, daß sie eine spontane Bewegung von unten war, und eigentlich keine Führung hatte. Die Bewegung hatte kein Programm und keine Organisation. Es gab keine übergeordnete Strategie, von der die Bewegung sich hätte leiten lassen und es entwickelten sich keine verallgemeinerten organisatorischen Formen wie z.B. die Räte in der Novemberevolution in Deutschland 1918, in denen Taktik, Strategie und Programm für die Revolution diskutiert und die nächsten Schritte beschlossen wurden.

Zu Beginn der Proteste im September, Anfang Oktober bildeten sich verschiedene Oppositionsgruppen. Am Bekanntesten war das Neue Forum, welches am 9.9 gegründet wurde und die wichtigste Rolle in der Revolution spielte. Schon ziemlich schnell bekam es große Unterstützung. Bis Mitte November hatten 200 000 den Gründungsauftrag unterschrieben. Der Gründungsauftrag hatte kaum ein konkretes Programm oder Ziel. Die Hauptforderung war die nach freier öffentlicher Diskussion um eine Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und dem Schutz der Umwelt basiert, zu schaffen.

Andere Oppositionsgruppen waren "Demokratie Jetzt!" und der "Demokratische Aufbruch". Keine dieser Gruppen forderten zu Beginn der Revolution die Wiedereinführung der Marktwirtschaft oder die Wiedervereinigung. Im Gegenteil, in ihren Gründungsaufträgen verteidigten sie die Ideale des Sozialismus gegen den Stalinismus und spiegelten damit die Stimmung innerhalb der DDR-Bevöl-

kerung wider. Im Gründungsauftrag von "Demokratie jetzt!" hieß es z.B.: "wir wollen, daß die sozialistische Revolution weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird.... Wir fordern eine gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben, die Wählbarkeit von Leitungsfunktionären, eine echte Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft." Die einzige Organisation, die die Wiedereinführung des Kapitalismus forderte, war die Sozialdemokratische Partei (SDP), die neugegründete DDR-SPD.

Anfang November, als das Regime völlig in der Luft hing, wurde klar, daß viele der Oppositionellen vor der Massenbewegung Angst bekamen und fürchteten, daß die Massen „zu weit“ gehen würden. Eigentlich hofften viele von ihnen auf eine Reformierung des alten Systems und sie waren bereit, mit diesem reformierten System zusammenzuarbeiten.

Alternative vorgeschlagen

Was wäre nötig gewesen? In der VORAN und in der gerade gegründeten ostdeutschen Schwesterzeitung "Was tun!" argumentierten wir damals dafür, daß die Opposition eine klare Strategie in Richtung sozialistischer Demokratie entwickeln müsse. Wir setzen uns ein für einen entschlossenen Kampf, um die alte Elite abzusetzen und die stalinistischen Strukturen ein für allemal zu beseitigen. Das war auch eine weit verbreitete Forderung. Die Massen trauten den alten, neuen „Wendehälsen“ nicht über den Weg, sie forderten ein Ende der Privilegien und eine demokratische Kontrolle. Doch dazu mußte sich die Revolution organisieren. Wir schlugen die Bildung von demokratisch gewählten Komitees oder Aktionsräten vor, für jeden Betrieb, an Unis, Schulen und in jedem Stadtteil. Diese Gremien hätten durch umfassende Diskussion und demokratische Entscheidung die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft, die Verwaltung aber auch das Alltagsleben einführen müssen. Dies wäre die Alternative gewesen zum bisherigen bürokratischen System und hätte den Aufbau einer Arbeiterdemokratie bedeutet, das Volk hätte wirklich die Macht übernommen.

Dieser Weg hätte eine Alternative zum kapitalistischen System bedeutet. Eine sozialistische Demokratie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hätte die Verbindung zu den revolutionä-

nären Bewegungen in den anderen Ländern Osteuropas gesucht und auch dort der Entwicklung einen anderen Verlauf gegeben. Und ein sozialistisches Osteuropa, in dem das Volk tatsächlich über die Geschicke in Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch entscheidet, hätte große Anziehungskraft für die Arbeiterschaft im kapitalistischen Westen gehabt.

Zu diesem Zeitpunkt, Ende Oktober/Anfang November, wäre dieser Weg möglich gewesen. Die vorherrschende Stimmung war immer noch: wir wollen einen wirklichen Sozialismus. Doch in Ermangelung eines klaren Programms konnte keine der im Verlauf der Revolution entstandenen Oppositionsgruppen eine sozialistische Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus aufzeigen. Die Sozialisten

um, führte zu einer Veränderung des Bewußtseins in der Bevölkerung. Am 20. November kamen bei der Leipziger Montagsdemo zum ersten Mal vermehrt Forderungen nach der Wiedervereinigung auf. Ein Teil begann, darin den Ausweg zu sehen. Es wuchsen Illusionen in die soziale Marktwirtschaft. Die meisten hatten bei diesem Begriff nicht Kapitalismus mit seinen Folgen wie Arbeitslosigkeit usw. vor Augen, sondern verbanden damit eine Wirtschaft in der es alles zu kaufen gibt und die „effizient“ ist.

Auch die Kapitalisten und die etablierten Parteien in der BRD begannen, die Propagandatrömmel für eine kapitalistische Wiedervereinigung zu rühren. Am Anfang hatten sie die Ereignisse noch mit großer Unruhe be-



um die Zeitung „Was tun!“ konnten zwar ein Programm und eine Strategie anbieten, aber sie waren unter den gegebenen Umständen zu klein um die Bewegung entscheidend zu beeinflussen.

Diese Situation, einerseits die alte, völlig isolierte Regierung, auf der anderen Seite keine wirkliche Alternative, konnte nicht ewig anhalten. Seit der Maueröffnung hatten Millionen von DDR-Bürgern zum ersten Mal in ihrem Leben die BRD besucht. Der Gegensatz zum Leben in der DDR war riesig. Im Westen gab es die prallgefüllten und kunterbunten Schaufenster, während es im Osten zwar das Lebensnotwendige zu kaufen gab, viele Sachen aber nur unter großen Mühen zu besorgen waren. Hinzu kam, daß zum ersten Mal die Wahrheit über das Ausmaß der wirtschaftlichen Misere ans Licht kam. Ab Dezember gab es auch mehr und mehr Veröffentlichungen über das Ausmaß der Privilegien und der Korruption der DDR-Elite. Das fing damit an, daß 20 Prozent des Bezirks Neubrandenburg als Jagdgebiet für die Bürokraten verwendet wurde und führte bis zu den Milliarden von DM auf geheimen Schweizer Bankkonten. Dies steigerte nochmals die Wut auf die alte Führung, - die öffentlich Wasser predigte und Wein soff - aber auch die Entschlossenheit, daß die alten Bürokraten endgültig weg müssen. Die Menschen wußten was sie nicht wollten, aber sie wußten nicht was an die Stelle des alten treten sollte.

Doch die Stimmung war nicht einheitlich. Während auf der einen Seite die Forderungen nach Wiedervereinigung aufkamen, befürworteten laut einer Umfrage Mitte November 86 Prozent sozialistische Reformen. Laut Spiegel sagten am 18. Dezember 71 Prozent, daß sie für eine unabhängige DDR sind. Eine unabhängige DDR hätte aber bedeutet, ein System aufzubauen, welches eine Alternative zum Stalinismus, von dem die Leute die Nase voll hatten, und zum Kapitalismus dargestellt hätte. Da es keine Führung in der Bewegung gab, die diesen Weg aufweisen konnte, begann die politische Revolution in der DDR in eine kapitalistische Konterrevolution umzuschlagen. Die Revoluti-

Das Bewußtsein ändert sich

Dieses entstandene politische Vaku-

on hatte mit Forderungen nach Demokratisierung, Reise- und Pressefreiheit und freien Wahlen begonnen, mit dem Ziel, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen. Sie endete in der Restauration des Kapitalismus in der DDR.

Auch Teile der Bürokratie begannen jetzt die Einführung der Marktwirtschaft als den Ausweg zu sehen. Schon am 13. Dezember sagte die damalige DDR-Wirtschaftsministerin und heutige PDS Bundestagsabgeordnete Christa Luft auf einem Treffen mit westdeutschen Unternehmern und DDR Funktionären, daß die „sozialistische Kommandowirtschaft“ zugunsten einer „gut funktionierenden Marktwirtschaft“ aufgegeben werden soll. Die Führer der Oppositionsbewegungen begannen ebenfalls in Richtung Marktwirtschaft zu gehen. Das Neue Forum unterstützte auf seiner Konferenz am 27. Januar die kapitalistische Wiedervereinigung und die Einführung der „sozialen Marktwirtschaft“.

Am 1. März, also noch vor der Volkskammerwahl, rief die Modrow-Regierung die „Treuhandaanstalt“ ins Leben. Deren Aufgabe war die Umwandlung der volkseigenen Betriebe und Kombinate in Kapitalgesellschaften. Damit waren die Weichen in Richtung Kapitalismus gestellt - noch bevor die Bevölkerung überhaupt ihr Votum dafür abgeben konnte!

Volkskammerwahlen

Am 18. März fanden die ersten freien Wahlen in der DDR statt. Alle Parteien, einschließlich der PDS, traten für die Einführung des Kapitalismus ein. Keine von ihnen warnte davor, welche Auswirkungen das für die Arbeiterklasse haben würde. Wahlsieger wurde die CDU-geführte „Allianz für Deutschland“. Da alle Parteien mehr oder weniger für die Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage eintraten, wurde diejenige gewählt, die diese am schnellsten und am konsequentesten versprach. Hinter der Allianz stand der damalige CDU-Bundeskanzler Kohl, der viele Versprechungen machte, von einem neuen „Wirtschaftswunder“ im Osten sprach und den DDR-Bürgern einen Umtausch ihrer Ersparnisse in DM zum Kurs eins zu eins anbot.

Am 1. Juli erfolgte die Währungs-umstellung. Damit war die DDR-Wirtschaft von einem Tag auf den anderen der gnadenlosen Konkurrenz der westlichen Konzerne ausgesetzt. Schon einen Tag später bekamen 600.000 Arbeiter ihre Entlassungsschreiben. Unmittelbar danach traten die Arbeiter zahlreicher Betriebe in den Warnstreik für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeitszeitverkürzung. Das Problem aber war, daß es keine gewerkschaftlichen oder sozialistischen Organisationen gab, die gewillt waren wirksam die Kräfte zu bündeln und Gegenwehr zu leisten. So verliefen diese Proteste im Sande und fast ein Jahr nach dem Beginn der Revolution war die Zeit der Massenproteste, die Zeit, in der die Politik auf der Straße gemacht wurde, erstmal vorbei.

Lehren

Heute, 10 Jahre nach der Revolution sind die Illusionen, daß aus der DDR durch die Marktwirtschaft „blühende Landschaften“ werden verschwunden. Die DDR erlebte nach der Währungsunion die schnellste und tiefste wirtschaftliche Depression, die jemals in einem industrialisierten Land stattgefunden hat. Der Untergang der DDR hat nur bewiesen, daß eine Planwirtschaft ohne Demokratie nicht funktioniert. Heute ist Ostdeutschland, (und nicht nur Ostdeutschland), aber auch der Beweis, daß der Kapitalismus der breiten Masse der Bevölkerung keine Perspektive sondern nur wachsende Armut und Arbeitslosigkeit bieten kann. Die Lehre aus der verlorenen Revolution 89 ist: Die Macht lag auf der Straße, aber es fehlte eine Partei, die eine Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus aufgezeigt hätte. Die Lehre aus 40 Jahren DDR und bald 10 Jahren Kapitalismus sind: Wir brauchen eine Wirtschaft, die wirklich effizient ist, weil sie weder unter der Fuchtel einer privilegierten Bürokratie steht noch der kapitalistischen Profitlogik unterworfen ist. Die einzige Alternative ist eine sozialistische Demokratie. ■

- *Sofortiger Aufbau von unabhängigen Organisationen in den Betrieben, Universitäten und Wohngebieten*
- *Für eine Regierung aus Vertretern der Arbeiter*
- *Abschaffung sämtlicher Privilegien! Kein Funktionär darf mehr verdienen als den Durchschnittslohn eines Facharbeiters*
- *Freie direkte Wahlen einmal jährlich; nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Abwählbarkeit aller Vertreter und Funktionäre*
- *Neuaustrichtung der Planwirtschaft, den Bedürfnissen der Produzenten und Konsumenten entsprechend, unter Einbeziehung von Umweltschutzmaßnahmen*
- *Bildung gewählter Arbeiterräte, die die Kontrolle über die Produktion übernehmen*
- *Regionaler und nationaler Zusammenschluß der Räte durch gewählte Vertretungsorgane, um demokratisch einen Plan für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des Landes aufzustellen und umzusetzen*

Alle Macht dem Volke! Für eine Räte-demokratie!

(Auszüge aus dem Programm, das 89 von VORAN und der gerade gegründeten ostdeutschen Schwesterzeitung "Was tun!" vorgeschlagen wurde. (3.11.89))

Das Land der aufgehenden Sonne versinkt im Blut

Ost-Timors Kampf für Freiheit

Nachdem mehr als drei Viertel der timoresischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit des Landes von Indonesien votierten, waren pro-indonesische Milizen in die Offensive gegangen und haben Gewalt, Terror und Verdrückung über die Bevölkerung gebracht. Über 200.000 von 800.000 Timoresen wurden in den ersten Septemberwochen umgebracht oder aus dem Land vertrieben. Ungefähr weitere 200.000 sind in die Berge geflohen.

Torge Löding,
Lissabon

„Wir vertrauen nicht auf die UNO, hinter der nur die Supermacht-Interessen stehen. Konkrete Hilfe für das unabhängige Timor kann nur bedeuten Vertrauen auf den selbstorganisierten Kampf des mauerischen Volkes (das ist der Name für die Bevölkerung Osttimors in der Landessprache) und die Lieferung von Nahrungsmitteln, Geld und Waffen“, brachte es ein Sprecher der Sozialistischen Partei Timors (PST) auf den Punkt. Aber während die PST mit Hilfe eines internationalen So-

lidaritäts-Netzwerkes den Kampf für ein unabhängiges und sozialistisches Timor Lorosae („Land der aufgehenden Sonne“) begonnen hat, hoffen die anderen Führer der timoresischen Unabhängigkeitsbewegung auf den Einsatz von UN-Blauhelmsoldaten und später eine Eingliederung des neuen Staates in die kapitalistische Welt(un)ordnung. Seit 24 Jahren leidet das timoresische Volk unter der Besetzung von Indonesien. Nur wenige Monate zuvor hatte Portugal seine ehemalige Kolonie 1975 in die Unabhängigkeit gelassen. Die Dekolonialisierung war wichtige Forderung der revolutionären Volksbewegung der Nelkenrevolution in Portugal gewesen, die das faschistische Regime am 25. April 1974 über Nacht hinweg gefegt hatte. Die portugiesische Übergangsregierung mußte sich dem Druck der Bewegung beugen und entließ einen Kolonialstaat nach dem anderen in die Selbstbestimmung. Schnell begannen die Timoresen mit dem Aufbau ihres eigenen Staates. Die Mehrheit stand hinter der Befreiungsbewegung Fretilim

und damit für den Aufbau von Sozialismus. Indonesiens Diktator Suharto, der nur wenige Jahre zuvor mehr als 1 Million Mitglieder und Unterstützer der Kommunistischen Partei Indonesiens hatte ermorden lassen, wollte das nicht zulassen und ließ eine Besatzungsarmee einmarschieren. Die Halbinsel erklärte er zur 27. Provinz Indonesiens. Mit der „Falentil“ gründete sich eine Rebellenarmee, die bis heute das bergige Hinterland gegen die indonesischen Streitkräfte verteidigt.

Der Sturz von Suharto und die revolutionäre Bewegung in Indonesien im vergangenen Jahr brachte der Unabhängigkeitsbewegung in Timor neuen Auftrieb. Aber ihre „historischen Führer“ Xanana Gusmao und Ramos Horta distanzieren sich heute von ihrer ehemals sozialistischen Rhetorik. Sie setzen auf Verhandlungen vor der UNO und stellten kürzlich ein Grundsatzprogramm vor, demnach Timors neue Gesellschaftsordnung den „Gesetzen der freien Marktwirtschaft“ folgen soll. Und obwohl die indonesischen Besatzungstruppen indonesien-treue Banden -sogenannte „Milizen“-gründeten und bewaffneten, gelang es ihnen nicht, den Willen der timoresischen Arbeiter und Jugendlichen zu brechen. Fast 90 Prozent beteiligten sich an der Volksabstimmung und 78,6 Prozent stimmten für die Unabhängigkeit.

Die Milizen nahmen dieses Ergebnis zum Anlaß, erneut die Waffen zu erheben. Von der indonesischen Regierung und dem mächtigen Militär gestützt setzen sie alles daran, ein Auseinanderbrechen Indonesiens zu verhindern. Dabei geht es nicht nur darum die Selbstbestimmung für Osttimor zu verhindern, sondern auch die Unabhängigkeitsbe-



Paramilitärische Miliz schlachtet die Bevölkerung Ost-Timors ab

wegungen in Aceh und Irian Jaya zu einzuschüchtern.

Die Vereinten Nationen entsenden jetzt, mit der Zustimmung der indonesischen Regierung, bewaffnete Blauhelmsoldaten, um die Lage zu „befrieden“. Doch diese kommen zu einem Zeitpunkt, wo Jakartas Politik der verbrannten Erde durchgeführt wurde und die Ziele der pro-indonesischen Milizen weitgehend erreicht sind.

Xanana Gusmao hat den Falentil-Truppen bereits vor Monaten Waffenruhe verordnet. Doch es sind nicht Verhandlungen, UNO-Truppen und Waffenruhen, die die Freiheit für Osttimor erkämpfen können, sondern nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter, armen Bauern und Jugendlichen Timors die indonesischen Besatzer und ihre Handlanger effektiv vertreiben, um das eigene Schicksal in die Hände zu nehmen und ein unabhängiges, sozialistisches Timor Lorosae aufzubauen.

Deshalb steht das Komitee für eine Arbeiterinternationale

für folgende Forderungen:

- **Sofortiger Abzug der indonesischen Truppen und Entwaffnung der Milizen**
- **Sofortige Anerkennung des Referendums für Unabhängigkeit**
- **Kein Vertrauen in die UN, sondern für den Aufbau von demokratischen Selbstverteidigungskomitees. Ende der Waffenruhe für**

die Falentil.

- **Für ein unabhängiges, sozialistisches Timor Lorosae.**
- **Keine out-of-area Einsätze der Bundeswehr.**

(Eine ausführliche Stellungnahme in englischer Sprache kann bei der Redaktion bestellt werden.)

Kein Vertrauen in die UNO!

Nach Wochen des Terrors der pro-indonesischen Milizen in Osttimor hat die UNO nun eine bewaffnete „Friedenstruppe“ entsendet. Es ist verständlich, daß diese von den Menschen Osttimors in der Hoffnung begrüßt werden, sie werde wirklichen Frieden bringen. Doch mit den UNO-Truppen übernehmen nun Kräfte die Kontrolle im Land, die die indonesische Diktatur über Jahrzehnte unterstützt haben. Großbritannien, ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, hat noch im September Kampfflugzeuge an die indonesische Regierung geliefert. Die USA haben die Suharto-Diktatur über Jahrzehnte gestützt. Die imperialistischen Mächte, die den Ton in der UNO angeben, haben noch nirgendwo auf der Welt für die Interessen der unterdrückten Völker, der Arbeiter und armen Bauern gekämpft. Sie werden ihre Machtposition in Osttimor sehr schnell dazu nutzen, gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte vorzugehen, die gegen die indonesische Unterdrückung und für wirkliche demokratische Rechte und Unabhängigkeit kämpfen.

Joe Higgins für Osttimor

Der Abgeordnete der Sozialistischen Partei (Schwesterpartei der SAV) im Parlament Irlands, Joe Higgins, hat die sofortige Anerkennung des unabhängigen Osttimors gefordert:

„Die Isolierung des indonesischen Regimes sollte sofort und völlig durchgesetzt werden. Es sollte eine sofortige, offizielle Anerkennung Osttimors als einen unabhängigen Staat geben, ohne auf die Formalitäten des indonesischen Parlaments zu warten.“ Higgins rief auch zu internationaler Arbeitersolidarität auf: „Die Großmächte reagieren zynisch auf die Not des Volkes von Osttimor. Die internationale Gewerkschaftsbewegung sollte unzweideutig reagieren. Dem Beispiel der australischen Gewerkschaften folgend könnte eine völlige wirtschaftliche Blockade Indonesiens durch weltweite Solidaritätsaktionen erreicht werden. Das könnte das brutale Militär auf die Knie zwingen. Materielle und finanzielle Ressourcen für die Selbstverteidigung des osttimoresischen Volkes sollten organisiert werden

Venezuela

Rückschlag für den Neoliberalismus

Im Dezember 1998 wurde Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen mit großer Mehrheit an die Macht gespült. Chávez hatte als ehemaliger Kommandeur der Fallschirmjäger 1992 einen vergeblichen Putschversuch gegen die damalige korrupte kapitalistische Regierung unternommen. Sein Wahlsieg mit einem populistisch-nationalistischen Programm steht für eine Linkswende der Arbeiter und Bauern Venezuelas, sowie für eine Opposition der Massen gegen die fortgesetzte Politik des Neo-Liberalismus und der Privatisierungen.

Tony Saunois, Komitee für eine Arbeiterinternationale

Chávez behauptete, eine Revolution gewonnen zu haben, ohne daß ein Schuss abgefeuert



Hugo Chavez nach seinem Wahlsieg im Sommer 1999

worden sei. Zu den Auswirkungen der neoliberalen Politik, welche 80 Prozent der Einwohner Venezuelas in die Armut getrieben hat, meinte er:

„Venezuela ist bis ins Herz getroffen. Es ist, als ob ich eine tickende Zeitbombe geerbt hätte.“

Mobilisierung des Volkes

Nach seiner Wahl versprach er, statt der üblichen Militärparade mit Panzern werde es einen Aufmarsch von Soldaten geben, die mit Werkzeugen zur Landbestellung aufbrechen. 50.000 Soldaten wurden aufgeboden, um ein Programm zum Straßen-, Häuser- und Schulbau umzusetzen. Eine Sondereinheit von Soldaten und Spezialisten wurde eingerichtet, um das marode Gesundheitssystem zu verbessern und die Agrarproduktion zu steigern. Für die Reichen wurden neue Steuern und die Festnahme aller Steuerflüchtlinge angekündigt; eine Maßnahme, die sich gegen die systematische Steuerhinterziehung der reichen Elite richtet. Auch den korrupten Justizapparat bedrohte Chávez mit dem Vorschlag, alle Richter vom Volk wählen zu lassen.

Um die zunehmende Ausbeutung Südamerikas durch die imperialistischen Großmächte in den neunziger Jahren zu kontern, sucht Chávez nach einer „lateinamerikanischen Alternative“ und stellt die Frage nach einem südamerikanischen Markt und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Er regte an, Venezuela könne den Bedarf Brasiliens und Argentiniens an Erdöl decken. Chávez schlüpft in die Kleider seines großen Vorbildes Simon Bolivar, der im 19. Jahrhundert für die Einheit Lateinamerikas gegen die imperialistischen Eroberer kämpfte.

Diese radikalen populistischen Maßnahmen werden von der Bevölkerung massiv unter-

stützt. Bei Umfragen unterstützen 75 Prozent der Bevölkerung Chávez.

Noch deutlicher war der überwältigende Sieg seiner Partei, der *Patriotischen Kraft* (PP) bei den Wahlen zu einer neu einberufenen Volksversammlung; die PP bekam 91 Prozent der Sitze. Von den traditionellen Parteien, die Venezuela in den letzten 40 Jahren regiert haben, erhielt keine auch nur einen Sitz.

Die Massen treiben Chávez weiter

Dieser Sieg und die ihm folgende Begeisterung scheint die Regierung in eine noch radikalere Richtung zu treiben. In seiner Eröffnungsrede in der Volksversammlung brandmarkte Chávez den Neo-Liberalismus als „ein Dogma des Liberalismus, welches alle Welt dazu führt, sich wie Wilde untereinander zu bekämpfen.“ Als mobilisierende Losung versprach er, „Venezuela werde aus der Asche wieder erstehen.“ Dem folgte eine Parade, in dem das Schwert Bolivars aus dem Nationalmuseum geholt und durch die Straßen der Hauptstadt Caracas getragen wurde. Vor einer begeisterten Menge wurde das Schwert aus der Scheide gezogen und drohend geschwungen.

Die von Chávez vorgeschlagenen radikalen Maßnahmen bedeuten jedoch kein Programm zur Überwindung des Kapitalismus. Aber sie stehen für eine klare Radikalisierung der venezuelanischen Gesellschaft, die auch Teile des Kleinbürgertums erfasst hat. Das Kleinbürgertum leidet in zunehmendem Maße unter der Armut und der Korruption des Kapitalismus und sucht nach einer Alternative. Chávez trägt dieser Stimmung Rechnung, indem er ein neues Wirtschaftsmodell vorschlägt, das Ungleichheit und soziales Unrecht beseitigen soll.

Das Erdöl macht 70 Prozent der Exporterlöse Venezuelas aus. Das Land ist das größte Ölaus-

fuhrland der Welt und der bedeutendste Lieferant der USA. Chávez hat Pläne angekündigt, Cubas Ölraffinerien wieder zu beliefern und das Öl dort verarbeiten zu lassen. 25 Prozent der nationalen Bankanleihen sollen für Landwirtschaftsprojekte reserviert werden.

Der US-Imperialismus ist beunruhigt

Diese Schritte beginnen, den US-Imperialismus und die herrschende Elite Venezuelas zu beunruhigen. Die von Chávez begonnenen radikalen populistischen Maßnahmen sind Ausdruck einer linken Radikalisierung in Lateinamerika. Möglicherweise wird Chávez noch weitergehen und sogar Teile der Wirtschaft verstaatlichen. Das sind Vorboten der Umwälzungen, die sich in den nächsten Jahren auf diesem Kontinent abzeichnen.

Unter dem Druck des Imperialismus mag Chávez auf eine für den Kapitalismus akzeptable Politik zurückweichen, was aber angesichts des Ausmaßes der Venezuela und den gesamten Kontinent heimsuchenden Krise nicht sicher ist. Der Druck der Arbeiter und Bauern könnte populistische Regime wie das von Chávez zwingen, härtere Schläge gegen den Kapitalismus zu führen, als sie es ursprünglich vorhatten.

Für eine sozialistische Perspektive

Doch es bedarf der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung sowie eines demokratisch strukturierten sozialistischen Plans, um mit dem Kapitalismus zu brechen. Nur das kann Armut und Elend der Massen Venezuelas beenden. Dies könnte zu einem sozialistischen Bündnis der lateinamerikanischen Staaten führen. Und nur so kann die Bedrohung durch Kapitalismus und Imperialismus zurückgewiesen werden. (Übersetzung: Anton Dannat)

Vor fünfzig Jahren

Die Chinesische Revolution



Am 1.10.1949 wurde die Volksrepublik China ausgerufen. Für ein Viertel der Weltbevölkerung bedeutete das Befreiung von Großgrundbesitz und Kapitalismus. Deshalb ist die chinesische Revolution nach der russischen Revolution 1917 der zweitgrößte Entwicklungssprung im 20. Jahrhundert. In heroischen Kämpfen zwang die von Mao geführte 1 Million, Männer und Frauen, starke rote „Volksbefreiungsarmee“ die japanische Armee zum Rückzug und besiegte kurze Zeit darauf die feindlichen Truppen der pro-imperialistischen Kuomintang-Regierung, die China über 20 Jahre beherrscht hatte.

Kim Opgenoorth, Köln

Mao Tse Tung, der jahrzehntlang Vorsitzende der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) war, wurde durch den Sieg seiner Bauernarmee international für viele Linke zu einer Art Kultfigur. Auch in Deutschland bekamen die Idee des maoistischen Befreiungskampfes vor allem in der Studierendenbewegung 1968 Einfluss. Zehntausende organisierten sich in maoistischen Organisationen. Leider hatten Maos Vorstellung von Sozialismus genauso wenig mit Sozialismus zu tun wie die von Stalin. Marxistische Grundsätze hatte er schon während der Revolution über Bord geworfen.

Das System in China war in keiner Sekunde sozialistisch. Es gab keine Arbeiterdemokratie, keine demokratische Kontrolle, keinen Internationalismus. Die Verstaatlichungen wurden von oben herab, mit bürokratischen Mitteln vollzogen. Die Arbeiterklasse hatte keinen Anteil an diesem Prozess. Mao installierte nach 1949 einen bürokratischen Staat mit zentralisierter Kommandowirtschaft. Er fing dort an, wo Stalin aufgehört hatte. Dennoch wurden zunächst auf Grundlage der Planwirtschaft enorme wirtschaftliche Erfolge erzielt.

Errungenschaften der Planwirtschaft

In den ersten dreißig Jahren nach der Revolution konnte China seine wirtschaftliche Produktion um das 80fache steigern und die Industrieproduktion vervielfachen. Die Stahlproduktion stieg von 1952 von 1,8 Mio Tonnen auf 1978 32 Mio Tonnen. Die Erzeugung elektrischer Energie wurde von 7,3 Milliarden auf 121 Milliarden Kilowattstunden gesteigert. Ähnliche Zahlen gab es für die Produktion von Kohle, Öl, Zement, LKW's, Traktoren, Lokomotiven, Getreide und vieles mehr. Auf kapitalistischer Grundlage wären diese Steigerungsraten niemals möglich gewesen. Indien zum Beispiel wurde zwei Jahre vor China unabhängig, blieb aber im kapitalistischen Würgegriff gefangen. Die freie Marktwirtschaft sorgte dort für Armut, Hungersnöte und Massenelend. Der Lebensstandard in China liegt immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Verglichen mit der katastrophalen Situation für die chinesischen Massen vor 1949 und den Massen in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern herrschten dagegen in China über mehrere Jahrzehnte Verhältnisse, in denen die existentiellen Nöte beseitigt waren und ein relativ hohes kulturelles Niveau vorhanden war. China konnte sein 900-Milionen Volk weitgehend selbst versorgen. Die Säuglingssterblichkeit konnte vorübergehend auf 2% gedrückt werden. Jeder Chinese, jede Chinesin hatte eine Dach über dem Kopf, Kleidung und ein Fahrrad. Es gab eine enorme Verbesserung der Stellung der Frau. Alle Kinder konnten eine Schule besuchen. Die Analphabetenquote konnte von 80 auf 5% gesenkt werden.



Das bewegende, ungemein farbige und – trotz aller grausamen historischen Details – spannend und unterhaltsam zu lesende Porträt einer Familie im China unseres Jahrhunderts, von der Kaiserzeit bis zu den Ereignissen am Platz des Himmlischen Friedens



Bewaffnete Frauen in der Volksmiliz

Das Gesundheitswesen wurde dramatisch verbessert. Seuchen, die das bevölkerungsreiche Land immer wieder heimsuchten konnten fast vollkommen ausgerottet werden. Für eine jährliche Gebühr von umgerechnet 60 Pfennig stand jedem Bauern eine medizinische Grundversorgung zur Verfügung. Es gab einen Arzt pro 1000 Chinesen. Dieses Verhältnis konnte sich sogar mit Japan messen.

Bei dieser Entwicklung läßt sich nur ahnen was möglich gewesen wäre, hätte es eine demokratische Planwirtschaft in China gegeben. Die Kommandowirtschaft und der hierarchische Partei- und Staatsapparat wurden aber zu einer immer grösseren Bremse für wirtschaftliche Entwicklung und für gesellschaftlichen Fortschritt.

Mund auf - Kopf ab

Aus Angst vor dem Verlust von Privilegien und Macht, regierte die Bürokratie mit eiserner Hand. Ein ZickZackkurs, machte es selbst angepaßten Funktionären schwer immer frühzeitig auf Linie zu sein. 1958 wurde mit dem „großen Sprung nach vorne“ versucht aus den Massen mehr Opferbereitschaft und Arbeitseinsatz herauszupressen. Die Eisengewinnung sollte zum Beispiel dadurch angekurbelt werden, daß in jedem Hinterhof Kleinst-Hochöfen errichtet wurden. Als diese Kampagne fehlschlug und grosse wirtschaftliche Probleme verursachte, wurde versucht mit marktwirtschaftlichen Elementen gegenzusteuern. Nach jedem Schwenk rollten Köpfe. 1966 entfachte Mao mit der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ eine systematische Säuberungswelle gegen „kapitalistische Tendenzen“. Am Ende saß er wieder fester im Sattel. Bis zu dreißig Millionen Menschen haben die Zeit vom großen Sprung bis zum Ende der Kulturrevolution nicht überlebt. Die meisten wurden Opfer der durch die verrückte Wirtschaftspolitik ausgelösten Hungersnöte. Auch nach Maos Tod wurden Menschenrechte mit Füßen getreten. Ein Beispiel, dessen Bilder um die Welt gingen, war das brutale Massaker an Studierenden und Arbeitern auf dem „Platz des Himmlischen Frieden“ vor zehn Jahren. Ihr Vergehen war der friedliche Protest gegen Korruption, Hierarchie und Mißbrauch von Macht der KPCh.

Widerwillige Verstaatlichung

Stalin und Mao waren 1949 der Meinung, daß in China jetzt keine soziale Revolution auf der Tagesordnung stünde. Mao Tse Tung erklärte nach der erfolgreichen Machtübernahmen, China stünde eine ca. „50 jährige Periode „kapitalistischer Demokratie“ bevor. Erst nach dieser Periode könne man an den Aufbau des Sozialismus denken. Doch das Leben spielte anders. Die Erfolge der ersten verstaatlichten Bereiche der Wirtschaft und die ungebrochene Feindschaft des einheimischen Unternehmers, sowie des US-Imperialismus zwangen ihn zum Handeln. 1956 betrug die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft 100 Prozent. Ironie der Geschichte: heute 50 Jahre später steht Kapitalismus auf der Tagesordnung Chinas, damit aber nicht mehr Demokratie, sondern weitere Unterdrückung, Verschärfung von Armut und Massenarbeitslosigkeit für das Land.

China heute

In China hat heute der kapitalistische Sektor das Sagen, obwohl die Umstellung nicht in der gleichen chaotischen und brutalen Weise wie in Osteuropa vollzogen wurde. Privatisierungsvorhaben und Subventionsabbau werden aus Angst vor den sozialen

Folgen verzögert oder wieder rückgängig gemacht. Die chinesische Regierung hat deutlich gemacht, dass weiterer Stellenabbau unumgänglich ist, wenn die Wachstumszahlen die 8%-Marke der letzten Jahre wieder unterschreiten. Die Prognose von 7% wurde für 1999 aber schon nach unten korrigiert. Durch die Südostasienskrise wurde der Exportmarkt empfindlich getroffen. Das Bankensystem ist in einem schlechteren Zustand als das japanische. Korruption im Partei- und Staatsapparat nimmt bedrohliche Ausmaße an. Die Binnennachfrage zieht nicht an, da die Bevölkerung mit Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen fertig werden muß. Monatlanges Warten auf den Lohn ist normal geworden. 100 Millionen Landarbeiter wandern durch China auf der Suche nach Arbeit. 1998 wurden 17 Millionen Arbeiter aus staats eigenen Betrieben entlassen. Das sind 20% der Arbeitskräfte im Staatssektor. Die chinesische KP-Regierung versucht durch Nationalismus von den sozialen Problemen abzulenken. Sie rüstet auf, gegen Taiwan und den US-Imperialismus. Intern rüstet sie auf gegen nationale Minderheiten, wie in zum Beispiel in Tibet.

Aufbau Arbeiterbewegung

Die Regierung profitiert von der Unorganisiertheit der Arbeiterbewegung. Es gibt hunderte von unab-

Ländervergleich China/Indien

China und Indien hatten 1949 eine vergleichbare Ausgangssituation in Bezug auf Grösse, Einwohnerzahl, Naturgegebenheiten und Entwicklungsstand.

	China	Indien
Veränderung Lebensstandard		
1948 - 1968	+ 130%	- 20%
Lebenserwartung		
1945	31 Jahre	30 - 35 Jahre
1980	60 - 70 Jahre	30 - 35 Jahre
Alphabetisierung		
1998	78,7%	51,2%

hängigen aber kleinen Gewerkschaftsgruppen und Arbeiterorganisationen. Es werden Demonstrationen und selbst Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen organisiert. Der Staat versucht jeden Ansatz von Opposition zu unterdrücken. Vor allem jede nationale Verbindung Oppositioneller soll verhindert werden. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, wie lange die KP in der Lage sein wird durch repressive Mittel die Lage unter Kontrolle zu halten. Um eine vollständige Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen zu verhindern und die Einparteiendiktatur erfolgreich zu bekämpfen brauchen die chinesischen Arbeitern und Bauern ein revolutionäres Programm. Die Bürokratie muss gestürzt, ihr repressiver Staatsapparat zerschlagen werden. An die Stelle der bürokratischen Diktatur muss die demokratische Herrschaft der Arbeiter und Bauern treten. Privatisierungen grosser Betriebe müssen zurückgenommen werden. Auf der Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft und Gesellschaft wäre in China erneut ein riesiger Entwicklungssprung möglich. Eine Arbeiterdemokratie mit internationalistischer Einstellung könnte China wieder zu einem Anziehungspol für die Massen in der neokolonialen Welt machen und weltweit zu Revolutionen ermuntern.

Armut-AIDS-Apokalypse

In den westlichen Industrienationen ist Aids seit langem aus den Schlagzeilen verschwunden. Das Thema ist medial ausgeschlachtet, weder infizierte Prominente noch die Live-Übertragung vom Sterbett verschaffen noch Einschaltquoten bzw. steigende Absatzzahlen. Aids ist scheinbar zu einem Thema für Betroffenen und Spezialisten geworden.

Anders in Afrika. Dort hat sich Aids in den letzten Jahren zu einer Seuche von apokalyptischen Ausmaßen ausgebreitet. Auf der kürzlich in Sambia veranstalteten 11. Internationalen Aids-Konferenz wurden die aktuellen Statistiken vorgelegt. Aids ist in Afrika zur häufigsten Todesursache geworden. Fast jeder Fünfte starb im vergangenen Jahr an Aids.

9 Millionen Tote

Die 21 Länder mit der weltweit höchsten Infektionsrate liegen alle in Afrika. In zehn dieser Länder liegt die Infektionsrate bei mehr als zehn Prozent, in mindestens zweien über 25 Prozent der Bevölkerung. Insgesamt sind bisher neun Millionen Afrikaner an Aids gestorben, soviel wie die Bevölkerung Senegals oder eine Million mehr als die Einwohnerzahl Österreichs.

In den Berichten über die Konferenz wurde vor allem betont, welche Auswirkungen die vielen Toten für die Industriebetriebe der afrikanischen Länder haben. Das Industrieministerium in Pretoria schätzt beispielsweise, daß in Südafrika in den nächsten sechs bis sieben Jahren ein fünfteil aller Arbeitskräfte an Aids sterben werden. Wen kann man noch ausbeuten, wenn die Arbeiter einfach alle sterben?

Gegen diese Humanitäre Katastrophe wird nicht unternommen. Dabei liegen Zahlen vor, die ahnen lassen, daß wieder mal nur wenig Geld erforderlich wäre, um Millionen Afrikanern das Leben zu retten. In den USA werden jährlich 1,6 Milliarden DM für die Aids-Bekämpfung ausgegeben, in ganz Afrika nur 300 Millionen, in Amerika infizieren sich jährlich 40.000 Menschen neu, in Afrika aber vier Millionen (Zur Erinnerung: Jeder Tag des „humanitären“ Krieges gegen Jugoslawien kostete etwa 500 Millionen Dollar)

10 Millionen Waisen

Hauptleidtragende dieser Katastrophe sind die Kinder. In Afrika gibt es inzwischen fast zehn Millionen Aids-Waisen. In Sambia, wo fast 20 Prozent der Menschen zwischen 19 und 49 Jahren infiziert sind, gibt es Dörfer, in denen kein Mensch im Alter zwischen 20 und 32 Jahren mehr lebt. Die Kinder bleiben oft nur sich selbst überlassen.

Die Regierungen der betroffenen Länder ignorieren das Problem. Überall fehlt Geld für die Versorgung der Kranken sowie für Aufklärungskampagnen und Schutzmaßnahmen.

Unter kapitalistischen Bedingungen wird sich das Problem nur mit dem Tod der Kranken „lösen“. Selbst wenn dereinst ein Medikament gegen Aids entwickelt wird, würde die Mehrheit der Bevölkerung nicht das Geld haben, um dieses zu bezahlen.

Um Aids zu besiegen muß die Armut abgeschafft werden.

Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die Abwahl von Kohl war eine Ermutigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung sind enttäuscht

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

worden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, versuchen sie, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft gegen Sozialabbau und Deregulierung durch die rot-grüne Bundesregierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Für linke Politik in Stuttgart:

Am 24. Oktober IDL wählen!

Am 24. Oktober sind in Stuttgart Kommunalwahlen. Während die etablierten Parteien Hunderttausende ausgeben, um nichtssagende Phrasen unters Volk zu streuen (die einzigen klaren Aussagen auf ihren Plakaten sind die Termine der Wahl und von Veranstaltungen), macht die SAV anders Wahlkampf.

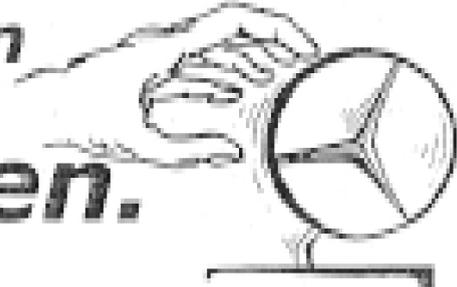
Wolfram Klein, Stuttgart

Wir beteiligen uns zusammen mit der KKE (griechische Kommunistische Partei), Teilen der DKP, Menschen die bei den Kommunalwahlen 1994 auf der Alternativen Linken Liste

same Interessen zu kämpfen.

Einer unserer Schwerpunkte sind die städtischen Krankenhäuser. Dort übernahm die private SANA GmbH 1991 bzw. 1994 das Management. Deren brutaler Sparkurs führte dazu, daß 620 Arbeitsplätze vernichtet wurden und sich die Arbeitsbedingungen für die verbliebenen Beschäftigten enorm verschlechterten. Dafür bekam SANA 32 Millionen DM als Erfolgsprämie. Bei den Beschäftigten gibt es inzwischen einen großen Haß auf die SANA, aber wenn die Verträge nicht bis Jahresende gekündigt werden, verlängern sie sich automa-

Wir greifen nach den Sternen.



(ALL) und der Rosa-Lila-Liste (Schwule und Lesben) kandidiert hatten und anderen Linken an einem Wahlbündnis, der *Internationalen Demokratischen Linken* (IDL). Die IDL steht für eine klare linke Alternative zur Kürzungspolitik der etablierten Parteien, gegen Sozialkürzungen, Privatisierung und Prestigeobjekte wie Stuttgart 21.

Auf Plakaten und Flugblättern machen wir konkrete Forderungen wie „30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ und „kostenloses Frauen-Nacht-Taxi“ bekannt. Wir versprechen den Leuten nicht das Blaue vom Himmel herunter, sondern wir machen ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen mit der SAV ein Angebot, gemeinsam für gemein-

tisch um weitere fünf Jahre.

Wir fordern, daß die SANA-Verträge gekündigt werden und der Gemeinderat wieder die direkte Verantwortung für die städtischen Krankenhäuser übernimmt, außerdem die Rücknahme aller Privatisierungen und Ausgliederungen und eine Personalaufstockung um 20 Prozent, um die Arbeitsbelastung zu verringern und die Versorgung der PatientInnen zu verbessern.

Außerdem mobilisieren SAV und IDL mit für die Demonstration am 9. Oktober gegen die NPD-Bundeszentrale in Stuttgart (Rötestraße 4, Demo-Auftakt ist um 15 Uhr am Rotenbühlplatz) Willst Du den Wahlkampf der IDL unterstützen? Ruf an! Tel.: 0711/242442.

Gegenwehr braucht Geld

Während SPD und Grüne bei jedem Anruf von Piech und Co jede noch so kleine Maßnahme gegen die Konzerne sofort beerdigen, kann sie jetzt keine Wahlniederlage davon abhalten ihr Kürzungsprogramm auf unsere Kosten durchzuziehen.

Dagegen formiert sich Wut und Widerstand. Die SAV kämpft dafür, alle von der Kürzungspolitik Betroffenen gemeinsam zu Protesten zu mobilisieren. Wir schlagen vor, eine bundesweite Demonstration aller Gewerkschaften gegen die unsziale Politik der Bundesregierung zu organisieren. Um diese Forderung innerhalb der Gewerkschaften und auf der Straße zu propagieren und eine Alternative zu rot-grüner Kürzungspolitik aufzuzeigen brauchen wir Geld. Als erstes werden wir Flugblätter und Plakate gegen das Sparpaket drucken.

Wir wollen mithelfen, der Regierung einen heißen Herbst zu bereiten. Aber nicht nur das, die SAV tritt darüberhinaus konsequent für sozialistische Positionen ein. Für den weiteren Aufbau der SAV, brauchen wir eine solide finanzielle Grundlage. Deshalb rufen wir alle Leserinnen und Leser auf, regelmäßig für die SAV zu spenden (per Dauerauftrag an nebenstehendes Konto oder Einzugsermächtigung ans Bundesbüro schicken). Alle Mitglieder der SAV sind aufgerufen, ihre Beiträge zu erhöhen, um die Ressourcen unserer Partei zu erweitern. Der Bundesvorstand hat das Ziel beschlossen, noch in diesem Jahr eine Erhöhung der Beiträge um 20 Prozent zu erreichen.

Spendenkonto: 2500 59 430, Postbank Essen, BLZ: 360 100 43

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119
OG Nord: Mittwochs, 19.00 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Ab 20. Oktober Mittwochs, 19.00 Uhr, Selbshilfezentrum, Fennstr. 31, S-Bahn Schöneweide
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee oder Tram-Linien 1 oder 20
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230.
23. Oktober: Sozialismus Tag, Themen: Nationalismus, Imperialismus, Nationale Frage
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Jeden Sonntag von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr im SAV-Büro. Weitere Termine und Infos unter Tel. (0761) 41632

Hamburg

Gerade Wochen: Dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn), Themen: 5. 10. Geschichte der DDR, 19. 10. Stalinitismus
Ungerade Wochen: Mittwochs, 19.00 Uhr, Haus der Jugend (Steinikestraße, S-Bahn Harburg Rathaus), Thema am 7. 11. ist DDR-Revolution 1989 – Die Macht lag auf der Straße
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97

Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

jeweils donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Rostock

SAV-Treffen jede Woche donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg), Infos unter Tel. (0381) 49965 90 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Straße 82, Nähe Löhrtor Schwimmbad
Infos, Tel.: (0271) 51 29 1

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 24 24 42

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 13 45 04: Darmstadt, Duisburg, Göttingen, Krefeld, und Saarbrücken.

VORAN
Impressum

Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Tel.: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04,
Fax 02 21/13 72 80
e-mail: SAVBUND@AOL.com
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Neuerscheinung

Die gescheiterte Revolution

Das Buch zu den Ereignissen vom Herbst 1989

Politiker und Medien wollen den Menschen in Deutschland weis machen, im Herbst 1989 seien in der damaligen DDR die Massen auf die Straße gegangen, um die Einheit Deutschlands und die Einführung des Kapitalismus zu erreichen. Robert Bechert wirft einen anderen Blick auf die Ereignisse vom Herbst 1989, die Honecker stürzten und die Mauer zu Fall brachten. Er weist nach, daß die Massenbewegung vom Oktober und November 1989 eine politische Revolution von unten war. Er belegt, daß es den Menschen in der DDR dabei zunächst nicht um deutsche Einheit und Marktwirtschaft ging, sondern um die Schaffung eines demokratischen Sozialismus. Und Robert Bechert erklärt, wie und warum diese Revolution in Richtung kapitalistische Wiedervereinigung von BRD und DDR abgelenkt wurde. Aber das Buch bleibt nicht dabei stehen: es zeigt auf, daß es eine Alternative zum Gang der Ereignisse hätte geben können.

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ (KAI/CWI) Er war selber von Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 in Berlin, nahm aktiv an den Protesten teil und half bei der Gründung der ersten Gruppe von CWI-Mitgliedern in der DDR. Im Anhang des Buches werden Materialien aus dieser Zeit dokumentiert und weitere Aktivisten der Revolution kommen zu Wort.

Dieses Buch wird zum sozialistischen Standardwerk über die Revolution und Konterrevolution von 1989/90 in der DDR werden. Es ist ein Muss für jeden und jede, der/die die Ereignisse verstehen will.

Das Buch ist zum Preis von DM 20,- plus Versandkosten bei der Redaktion VORAN erhältlich



Veranstaltungen mit Robert Bechert, Autor von „Die gescheiterte Revolution“ zum Thema „DDR 1989: Die Macht lag auf der Straße“

3.11.: **Stuttgart:** 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohestr.9, Haltestelle Berliner Platz; 4.11.: **Köln** Ort und Zeit unter 0221/134504 erfragen; 5.11.: **Aachen:** 19.00 Uhr, Ché-Haus, Pontstr.41; 6.11.: **Berlin:** 16.00 Uhr, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, (Nähe S-/U-Bahnhog Alexanderplatz); 7.11.: **Hamburg:** 16.30 Uhr, Haus für Alle, Amadastr. 58 (Haltestelle Sternschanze, S21, S31, U3); 8.11.: **Rostock,** 18.30 Uhr, Ort unter 0381/4996590 erfragen; 9.11.: **Dresden,** Ort und Uhrzeit bitte unter 0221/134504 erfragen; 10.11.: **Kassel** Ort und Zeit unter 05 61 / 9 22 35 22 erfragen.

Erfolgreicher SAV-Wahlkampf in Aachen

752 Stimmen (0,8 Prozent) hat die SAV in Aachen bei der Kommunalwahl am 12. September 1999 erzielt. Damit wurde zwar der erhoffte Sitz im Stadtrat nicht erreicht, aber das Ergebnis der Bundestagswahlen weit mehr als verdoppelt.

Holger Frauenrath, Aachen

Der Wahlkampf war die bislang größte Kampagne der SAV in Aachen. Wir haben 52.000 Flugblätter verteilt und 1.100 Plakate aufgehängt. 50 Mitglieder und knapp 20 UnterstützerInnen haben sich an unseren Wahlkampfaktionen beteiligt. Die drei Ortsgruppen haben in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes jeweils tägliche Aktionen (Infostände, Zeitungsverkäufe, Veranstaltungen) organisiert. Zusätzlich führten wir ein Solidaritätskonzert für die SAV durch, bei dem mehrere Aachener Bands spielten. Wir konnten mehr als 400 Kommunalwahlprogramme und ebenso viele VORANs verkaufen.

Ein Schwerpunkt waren die größeren Betriebe, vor allem das Klinikum. Hier waren wir in 8 Wochen 10 Mal mit Flugblättern und Zeitungen. Holger Dröge ist Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Klinikum und SAV-Kandidat in dem Wahl-

bezirk, in dem zahlreiche Kollegen aus dem Klinikum wohnen. Wir konnten einige KollegInnen kennen lernen und hoffen nun das „Netzwerk für eine kämpferische und de-

wurde heiß diskutiert, fand aber auch viel Anklang. Die vorherrschende Stimmung war allerdings die Enttäuschung über die gebrochenen Versprechen von Rot-Grün und eine



Jugendliche unterstützen den Wahlkampf der SAV bei einem Solidaritätskonzert.

mokratische ÖTV“ dort etablieren zu können. Ein weiterer Kandidat auf der SAV-Liste war der parteilose Manfred Engelhardt, ehemaliger Ratscherr für die SPD und Personalratsvorsitzender im Aachener Studentenwerk.

PDS

Die Reaktionen auf unser Programm waren im allgemeinen sehr freundlich. Vor allem unsere Forderung nach Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

Ablehnung aller Parteien, dementsprechend niedrig fiel auch die Wahlbeteiligung aus und dementsprechend haben auch alle Parteien, außer der SAV, Stimmen verloren.

Auch die PDS hat im Vergleich zu den Bundestagswahlen weniger Wähler mobilisiert. Zum Jahresanfang hatte die SAV der PDS und anderen Linken vorgeschlagen, eine gemeinsame linke Liste zu bilden. Dies scheiterte daran, daß die PDS nicht bereit

war, konsequente Interessenvertretung für Arbeitnehmer und Jugendliche mitzutragen. Dies wurde im Wahlkampf deutlich, als der PDS-Spitzenkandidat sagte, er wolle „das Zünglein an der Waage“ im Aachener Stadtrat werden und eine Zusammenarbeit mit der CDU ankündigte. Eine weitere PDS-Kandidatin forderte sogar mehr Heimarbeit für Frauen im öffentlichen Dienst einzuführen.

Neue Mitglieder

Wir haben fast 70 Leute kennengelernt, die näheres Interesse an der SAV geäußert haben. Davon sind bislang 13 eingetreten und weitere 15 hoffen wir in den nächsten Wochen als Mitglieder zu gewinnen. Mit dieser Verstärkung werden wir im Herbst eine vierte Ortsgruppe aufbauen.

Die etablierten Parteien waren während des Wahlkampfes aufgrund unserer Aktivitäten schon so nervös, daß der SPD-Vorsitzende uns mit der Polizei gedroht hat, weil wir auf einem SPD-Jugendkonzert Flugblätter verteilt haben. Jetzt hoffen sie, uns los zu werden, weil wir keinen Sitz im Stadtrat

erreicht haben. Aber die SAV Aachen ist heute stärker und entschlossener als jemals zuvor. Wie es ein Mitglied noch am Wahlabend ausdrückte: „Unser Platz ist sowieso die Straße.“ Und von der Straße werden wir auf die Einheitsbreiparteien im Stadtrat gehörigen Druck ausüben!

Kommunalwahl in Köln

Bei der Kölner Kommunalwahl traten KandidatInnen der SAV auf der offenen Liste der PDS an. Stadtweit erzielte die PDS/Offene Liste 2,1 Prozent und zog mit zwei Abgeordneten in den Stadtrat ein. Kim Opgenoorth, Kölner SAV-Vorsitzende und Kandidatin im Wahlkreis Köln-Kalk, erzielte mit 4,4 Prozent das drittbeste Ergebnis für die PDS/ Offene Liste. Sie erzielte auch die besten Stimmengewinne im Vergleich zur Europawahl. Die von einem SAV-Mitglied, Angela Münch, angeführte Liste zur Wahl der Bezirksvertretung Köln-Kalk erzielte 1,9 Prozent und scheiterte nur knapp an einem Sitz.

Besucht uns im Internet!

Die bundesweite Homepage der SAV ist in Betrieb! Hier gibt es weitere Infos sowie Kontaktadressen über die SAV und das CWI:

www.SAV-online.de

Wahlerfolg in Australien

Die australische Schwesterorganisation der SAV, die Militant Socialist Organisation (MSO), erzielte bei den Wahlen in Richmond, Victoria einen fulminanten Wahlerfolg. Stephen Jolly, der vor einigen Jahren der wichtigste Führer im Kampf gegen die Schließung des Richmond Secondary College war, erreichte 14 Prozent (knapp 4.000 Stimmen) und erzielte damit das beste Ergebnis für einen Sozialisten seit Jahren.

Erfolg durch Solidarität

Die Anklagepunkte gegen Lanre Arogundade, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft und Vorstandsmitglied der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung (Schwesterpartei der SAV in Nigeria) sind fallengelassen worden! Lanre war ohne irgendeinen Beweis des Mordes angeklagt worden. Damit wollten ihn die Staatsorgane einschüchtern und aus dem Verkehr ziehen. Eine internationale Solidaritätskampagne war ein wichtiger Faktor für den Rückzieher der nigerianischen Behörden.

Sozialismus-Wochenenden Diskussion und Debatte in Aachen und Berlin

Aachen

5. und 6. November im Ché-Haus, Pontstr. 41
5.11., 19.00 Uhr: DDR-Revolution 1989: Die Macht lag auf der Straße
6.11., 12.00 Uhr: 1. Islamischer Fundamentalismus
2. Ist die Umwelt noch zu retten?
15.30 Uhr: 1. Nationalismus und nationale Frage
2. Kampf gegen Nazis und Rassisten
19.00 Uhr: Perspektiven für sozialistische Ideen am Beginn des 21. Jahrhunderts

Berlin

Humboldt-Universität, Unter den Linden 6
5.11., 19.00 Uhr: „Noch so ein Jahrtausend? Sozialismus heißt die Zukunft!“ Vorstellung des Grundsatzprogramms der SAV
6.11., 12.00 Uhr: 1. Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?
2. Berlin nach der Wahl - Dem Senat Dampf machen
16.00 Uhr: DDR-Revolution 1989: Die Macht lag auf der Straße

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201
Fax : 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk
website: <http://www.clubi.ie/dojo/cwi/inde>



Ostdeutschland: Verraten und Verkauft

10 Jahre nach dem Fall der Mauer ist fast allen Leuten im Osten klar, daß es keine Frage der Geduld und des Fleißes ist, wann der Osten das Wirtschaftsniveau des Westens erreicht hat. Vielmehr geht es um die Frage, wie weit der wirtschaftliche Verfall und damit die Verarmung der Bevölkerung noch gehen.

Kerstin Hellwig, Berlin

1989 gingen wir auf die Straße, um für demokratische Rechte zu kämpfen. Pressefreiheit, Redefreiheit und Reisefreiheit waren die zentralen Forderungen. Uns war klar, mit dem „real existierenden Sozialismus“ geht es auch wirtschaftlich bergab. Heute gehen wir wieder auf die Straße, um gegen die Auswirkungen der Wiederherstellung des Kapitalismus zu kämpfen.

Einen „Wirtschaftsaufschwung Ost“ gab es nur kurzfristig in den ersten Jahren, überwiegend von der Baukonjunktur getragen. Mit Steuergeschenken an Millionäre wurde der Bau von Hotels, Einkaufspassagen und Bürohäusern gefördert. In vielen Fällen wurde jedoch am Bedarf vorbei gebaut. Sehr viele Bürohäuser stehen schon seit Jahren leer.

War der Absturz Ost Mißmanagement oder im kapitalistischem System unausweichlich? Durch die Währungsunion wurde die DDR-Industrie mit einem Schlag der Konkurrenz des Weltmarktes ausgesetzt. Da die Arbeitsproduktivität nur 30 Prozent der des Westens ausmachte, waren die Preise für Produkte auf dem Binnen- und Weltmarkt viel zu hoch.

Zusätzlich kam, daß der kapitalistische Aufschwungzyklus Mitte der 70er Jahre vorbei war. Nachdem nun politisch die DDR einverleibt war, konnte man mit den Überkapazitäten des Westens den ostdeutschen Absatzmarkt gut beliefern. Es gab daher kein Interesse, veraltete ostdeutsche Industrieanlagen zu modernisieren, sondern im Gegenteil wurden auch

moderne Industriestandorte platt gemacht, um entstehende Konkurrenz auszuschalten.

Die Treuhand erledigte dann die Abwicklung. Das Bonner Programm „Aufschwung Ost“ bestand aus einer Vielzahl von Investitionshilfen, für die Kapitalisten aus dem Westen. So sind z.B. bei der Bremer Vulkan AG durch den Vorstand 854 Millionen DM, welche für die Sanierung der Ostwerften bestimmt waren, veruntreut worden.

Und wie steht es mit unserer neu gewonnenen Freiheit? Was ist die Reisefreiheit wert ohne Arbeit oder bei Niedriglöhnen. Der Urlaub endet immer öfter auf Balkonien oder im Stadtpark. Die Meinungsfreiheit existiert nur so lange sie dem System nicht gefährlich wird. Das können wir beispielsweise jedes Jahr auf der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration erleben, wo seitens der Polizei gegen friedliche Demonstranten geknuppelt wird.

Von den etablierten Parteien und den Gewerkschaftsbürokraten können wir nichts erwarten. Wir wollen den Gürtel nicht mehr enger schnallen, denn enger geht er bei vielen nicht mehr. Die Betriebsbesetzung bei Alcatel in Berlin im September 99 ist ein gutes Beispiel dafür, zu welchen radikalen Kämpfen die Kollegen bereit sind, wenn es um ihre Arbeitsplätze und damit um ihre Zukunft geht.

Die bürokratische Planwirtschaft der Stalinisten haben wir abgeschafft, aber die versprochene „soziale“ Marktwirtschaft hat uns vom Regen in die Traube gebracht. Beides sind offensichtlich Irrwege. Durch die Erfahrungen, die wir jetzt mit dem Kapitalismus machen und durch die Erfahrungen der anstehenden Sozial- und Arbeitskämpfe, werden immer mehr Arbeiter und Jugendliche über einen „dritten Weg“ nachdenken müssen und auch offen werden für die Ideen eines wirklichen Sozialismus, demokratisch geplant und geleitet durch die arbeitende Bevölkerung.

„Arbeitsbedingungen gezielt kaputtgemacht“

Bernd Reißmann arbeitete zur Zeit der Wende als Programmierer bei Robotron in Dresden, einem der größten Kombinate der DDR. Er war die letzten zehn Jahre als Gewerkschafter und Betriebsrat aktiv. Im Februar diesen Jahres wurde auch er arbeitslos. Für VORAN sprach mit ihm Ingmar Meinecke.

Bernd, wie sah es im Herbst 89 bei dir im Betrieb aus?

Im Oktober, November fing man im Betrieb an, sich Gedanken zu machen, wie das weitergehen könnte. Da bildeten sich dann spontan auch Gruppen, die sich mit der Frage „Gewerkschaften - wie weiter?“, „Betriebliche Führung - wie weiter?“ beschäftigten.

Wie ist das mit dem Betrieb dann weitergegangen?

Mit Siemens und der Softwarefirma SAP sollte ein gemeinsamer Betrieb geschaffen werden. Für den neuen Betrieb sollte sich aber jeder Mitarbeiter einzeln neu bewerben. Es wurde also gezielt versucht, die alten Arbeitsbedingungen wegzukriegen.

Euer Betrieb zerfiel also?

Ja, es gab mehrere Ausgründungen. Eigentlich hatte das Robotron-Projekt jede Menge

Geld, fünf Millionen. Ich habe keine Ahnung, wie das weggekommen ist und wohin.

Wie viele waren bei euch beschäftigt?

Im Frühjahr 90 hatte Robotron Projekt noch 1100 Mitarbeiter. Zur Privatisierung April 93 waren wir dann noch 40 Leute.

Du bist mittlerweile auch arbeitslos geworden.

Ja. Juni 98 sind alle Mitarbeiter des Betriebes gekündigt worden. Parallel dazu wurde ein neuer Betrieb gegründet. Dadurch war es möglich, das Kündigungsschutz- und das Betriebsverfassungsgesetz auszuhebeln.

Wie ist deine Bilanz zehn Jahre nach der Wende?

Die Wende war nötig. Das ist gar keine Frage. Daß sie natürlich so ausgegangen ist, kann mich überhaupt nicht befriedigen. Aus meiner Sicht ist die Gesellschaft nicht toleranter geworden, nur die Schmerzgrenze liegt höher. Im Betrieb selber geht es heute viel härter zu. Es muß auf alle Fälle was passieren. So wie die Gesellschaft jetzt läuft, kann das nicht weitergehen. Ich bin immer sehr dafür, daß es gewaltfrei abgeht, aber die Chance wird immer geringer, je länger es dauert.

Frauen in Ostdeutschland: Opfer der Marktwirtschaft

Mit der Wiedervereinigung kamen wir Frauen in Ostdeutschland vom stalinistischen Regen in die kapitalistische Traufe. Im Zuge der Rechtsangleichung wurden die fortschrittlichen Frauenrechte der DDR einfach über Bord geworfen.

Alexandra, Telekom-Auszubildende, Berlin

Von 1989-1991 verbreitete die DDR-Frauenzeitschrift „Für Dich“ mit viel nackter Haut und neuen Modellen die Aufforderung an alle Frauen, eine völlig neue Frau zu werden. Anpassung zum schlechteren hieß die Devise. Unmittelbar vor der Wende (1989) waren 91,2 Prozent der Frauen in der DDR berufstätig oder in der Ausbildung. Heute stellen sie 2/3 der Arbeitslosen und 77 Prozent der Langzeitarbeitslosen, Tendenz steigend.

Viele Rechte wurden außer Kraft gesetzt: selbstbestimmte Abtreibung (ohne Zwangsberatung), 20 Wochen Freistellung nach der Geburt (heute 8 Wochen), Kündigungsschutz nach der Geburt von 1 Jahr (heute 4 Monate), Erziehungsgeld von 70 Prozent (heute 600 DM fest), billige Kindertagesstätten von morgens bis abends und der Haushaltstag. 85 Prozent der Kinderkosten übernahm der Staat.

Die Position nichtehelicher oder geschiedener Mütter war stärker und unabhängiger. Heute bleibt für viele nur der Gang zum Sozialamt. Zwar bekamen auch in der DDR Frauen weniger Rente als Männer, doch mit der Währungsunion erhöhte sich der Unterschied sofort auf 160,52 DM und liegt heute viel höher.

Wir Frauen im Osten sind die absoluten Verliererinnen der sogenannten deutschen Einheit. Zwar ist unsere Lage um ein Vielfaches schlechter als die der Frauen im Westen, doch haben wir vieles gemeinsam, und müssen gemeinsam für unsere Interessen kämpfen. Was die Unternehmer und ihre Helfer in der Politik mit uns nach der Wende gemacht haben, werden sie nun versuchen, weiter zu treiben. Aber nur, wenn wir uns nicht wehren!

Wir fordern daher:
- Weg mit §218
- Arbeit für alle. Tariflich gesicherte und gesetzlich geschützte Arbeitsplätze
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Ein Kindergartenplatz für alle Kinder zum Nulltarif
- Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto



November 98 vor dem Landtag von Sachsen-Anhalt: Protest gegen Kürzungen bei der Kindebetreuung

Werde Mitglied der SAV
Abonniere die VORAN

- ich möchte weitere Informationen über eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.
- ich möchte die VORAN abonnieren (Zehn Ausgaben für DM 25,-)

Name, Adresse, Telefon

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln